

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
ämtern, sowie die Expedition,
Berlin S. 68, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro viergespaltene Zeile 6 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Bekannt-
machungen 20 Pf. Erbat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen

Nr. 10.

Berlin, den 2. März 1913.

29. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Erhebung eines Lokalbeitrages von den männlichen Mitgliedern in Höhe von 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Kostof. beschlossen und von uns genehmigt worden.

2. Wir ersuchen das Mitglied Peter Dolfus, sein Verbandsbuch Nr. 40553 uns umgehend zur Kontrolle einzusenden. Die Funktionäre bitten wir, Dolfus gegebenen Falles auf unser Ersuchen hinzuweisen und auf dessen Erfüllung zu achten.

3. Von der Geschichte des Buchbinderverbandes wird der zweite Band im Monat Mai erscheinen. Um die Auflage richtig bemessen zu können, haben wir allen Gau- und Ortsverwaltungen Bestelllisten zugesandt, um deren schnelle Ausgabe und rege Benutzung wir nochmals ersuchen. Die Bevollmächtigten bitten wir, uns die Zahl der bestellten Exemplare bis zum 10. März angeben zu wollen, weil dann mit dem Druck begonnen werden soll. Die Bestelllisten bleiben in Händen der örtlichen Verwaltungen.

4. Außerdem ist der Organisationsplan für die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volkssfürsorge“ sowie weiteres Material über dieselbe allen Gau- und Ortsverwaltungen zugesandt. Wir teilen mit, daß unser Verband mit einem Kapital von 6000 Mk. an der „Volkssfürsorge“ beteiligt ist und bitten die Ortsverwaltungen, der Organisation des Verwaltungsapparates und der Einkassierung der Beiträge alle Aufmerksamkeit zu widmen und an den Arbeiten nach Möglichkeit teilzunehmen. Insbesondere bitten wir zu erwägen, ob und inwiefern das Einkassieren der Verbandsbeiträge mit dem Einkassieren der Beiträge für die „Volkssfürsorge“ in Verbindung gebracht werden kann.

Sollten die vorerwähnten Sachen, die am 21. Februar zusammen hier abgehandelt sind, irgendwo nicht eingegangen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

5. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden:

Nr. 4623	ausgestellt für	Johanne Wittkop
11 351	„	„ Elise Stoll
24 574	„	„ Dora Pfuhl
44 763	„	„ Berta Fuchs
71 112	„	„ Käthe Hermel
106 491	„	„ Arthur Friedrich
111 341	„	„ Max Hahn
114 683	„	„ Otto Arnholdt
119 189	„	„ Moriz Lustig
119 736	„	„ Lisbeth Schreiber.

Der Verbandsvorstand.

Zum Verbandstag.

Vertragsleistung und Unterstellungen. 11.

Ein Mittel, um den in unserer letzten Nummer ange deuteten Fatalitäten zu entgehen, haben wir dort bereits behandelt, nämlich die Aufhebung der absoluten Freiwilligkeit der von dem einzelnen Mitglied zu wählenden Vertragsklasse. Doch ist hierbei zu beachten, daß es sich damit nur um ein Mittel sekundärer Art handelt, da von ihm sowohl unsere Kolleginnen als auch unsere männlichen Mitglieder betroffen werden. Nun wird jeder Einsichtige uns beipflichten, wenn wir sagen, daß die stärkeren Schultern die Pflicht haben, für die schwächeren mit einzutreten oder — auf den vorliegenden Fall angewandt — daß unsere Kollegen für die Kolleginnen infolge deren geringen Verdienste bei der Ansammlung eines genügend starken Kampffonds den größeren Teil zu tragen haben, ein Grundsat, der unter allen Umständen aufrecht zu erhalten ist. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß es sich für uns jetzt nicht ausschließlich darum handelt, die Anteilnahme der einzelnen Vertragsklassen an dieser Ansammlung feitzustellen, sondern vielmehr um die weit wichtigere Sache, daß unsere Kolleginnen zu dieser Ansammlung so gut wie gar nichts beitragen. Mein Mensch wird verlangen können, daß die Beteiligung unserer Kolleginnen an dieser Ansammlung in genau demselben Verhältnis zu erfolgen habe wie die unserer männlichen Mitglieder. Ein solches Verlangen würde unserem Prinzip auf größere Belastung der tragfähigen Schultern widersprechen. Was aber ohne Widerspruch gefordert werden muß und kann, das ist, daß nicht nur unsere große Zahl weiblicher Mitglieder an der Ansammlung eines Kampffonds überhaupt beteiligt sein müssen, sondern daß sie sich zuerst einmal selbst erhalten, ohne auf Zuschüsse angewiesen zu sein. Wie unsere Zusammenstellung in letzter Nummer aufzeigte, können unsere Mitglieder der ersten Vertragsklasse nicht sagen, daß sie sich selbst erhalten, denn sie erfordern ja im Gegenteil noch einen direkten Zuschuß von ¼ Pf. pro Beitrag und der Uberschuß von ¼ Pf. in der zweiten Klasse ist auch kein solcher, daß man viel Aufhebens von ihm machen könnte.

Dieses Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung muß zunächst beseitigt werden, wobei uns zwei Wege offen stehen. Der nächstliegende ist eine Erhöhung der Beiträge für die erste und zweite Klasse um je 5 Pf., die uns nicht nur einen Ausgleich bringen würde, sondern die es auch ermöglichte, daß unsere Kolleginnen ihre Ehrenpflicht erfüllen und an der Ansammlung unseres Kampffonds teilnehmen können. Der dann der Verbandskasse zu diesem Zweck verbleibende Teil — 4 ½ Pf. von jedem Beitrag der ersten und 5 ½ Pf. von jedem Beitrag der zweiten Klasse — bewegt sich dann in der Höhe, wie man sie als recht und billig ansprechen kann. Dabei wäre natürlich an eine Minderung irgendwelcher Art an unseren Unterstühtungseinrichtungen nicht gedacht. Beachten wir aber, daß Bestrebungen im Gange sind, unsere Streikunterstützung zu erhöhen, durch die dann der obige minimale Uberschuß aus den Beiträgen unserer Kolleginnen wiederum verringert werden würde. Trotzdem könnte man zustimmen, daß eine solche Erhöhung der Streikunterstützung stattfindet.

Wir vertennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die in einer Erhöhung der Beiträge gerade für die niedersten Beitragsklassen liegen. Bei einigermaßen gutem Willen lassen sich diese jedoch sehr wohl überwinden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Fuß unserer Lokalkassen in Gestalt der lokalen Beiträge für eine gewisse Uebergangszeit eingeeignet wird. Nach unseren Jahresberichten zahlen fast sämtliche unserer weiblichen Mitglieder einen Lokalbeitrag, und bei dem allergrößten Teil beträgt dieser mindestens 5 Pf. pro Woche. Hier sollte es möglich sein, daß die hier von berührten Zahlstellen für eine gewisse Zeit — wenn das überhaupt als notwendig angesehen werden sollte und die Notwendigkeit der stärkeren Vermehrung unseres Kampffonds allseitig anerkannt wird — für die niedersten Beitragsklassen auf diesen Lokalbeitrag bis zu 5 Pf. pro Woche zugunsten der Verbandskasse verzichten. So wäre das aber ein Weg, um zu unserem Ziele zu kommen: Erhöhung der Beiträge für die erste und zweite Klasse um je 5 Pf. unter gleichzeitiger mäßiger Erhöhung der Streikunterstützung und unter Belassung sämtlicher anderen Unterstühtungseinrichtungen in ihrem jetzigen Umfang. Eine solche Regelung wäre ohne Frage die gesündeste und einfachste und auch die unter Beachtung der gewerkschaftlichen Grundsätze allein mögliche.

Freilich wird man auch noch andere Mittel in Vorschlag bringen können, so z. B. die Kürzung der Unterstühtungen; doch scheint uns dies ungleich schwerer zu sein. Denn hier ist zu beachten, daß nur ein Unterstühtungszeit der Kürzung unterliegen kann, während — wie bereits gesagt — die Streikunterstützung noch erhöht werden soll, wenn die dahin zielenden Bestrebungen Erfolg haben. An der Arbeitslosenunterstützung lassen sich aus gewerkschaftlichen Grundsätzen heraus solche Kürzungen schlecht vertreten. Diese Unterstützung wird gezahlt, damit unsere Mitglieder nicht in die Lage kommen sollen, untarifliche oder — bei mangelnden tariflichen Abmachungen — zu niedrig bezahlte Stellen anzunehmen. Während der Arbeitslosigkeit sind sie zudem fast ausschließlich auf die Verbandsunterstützung angewiesen, so daß diese, soll sie ihren Zweck recht erfüllen, möglichst hoch sein muß. Diese Erwägungen verbieten eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung ganz von selbst. So bleibt nur noch die Krankenunterstützung übrig, die einen rein karitativen, dem nackten Unterstühtungsbedürfnis Rechnung tragenden Charakter hat. Hier könnte man einer Kürzung vielleicht zustimmen, zumal ja die Krankenunterstützung in der Mehrzahl der Fälle nur als Zuschuß gelten kann, da unsere Mitglieder bei Krankheit durch die staatliche ufm. Versicherung Unterstühtung erhalten. Wenn man aber das in Leistung und Gegenleistung zu konstatierende Mißverhältnis nicht und wenn man dieses nur durch die Kürzung der Krankenunterstützung beseitigen wollte, wie groß müßte dann diese Kürzung sein, um nicht nur zu verhindern, daß direkte Zuschüsse erforderlich sind, wie wir es konstatieren mußten, sondern daß auch noch etwas verbleibt, was der Ansammlung unseres Kampffonds dienen soll? Eine Kürzung selbst auf die Hälfte der gegenwärtigen Höhe würde da wirklich nicht viel besagen. Damit ist aber auch zugleich ausgesprochen, daß eine Kürzung der Unter-

stärkung — noch dazu, wenn eine so umfangreiche Stärkung ganz selbstverständlich nicht beantwortet werden kann — nicht ausreicht, um einen Ausgleich in dem Verhältnis zwischen Beitragsleistung und Unterstützungsbezug herbeizuführen.

An der außerordentlichen Belastung der Verbandstafel haben vor allem die Beschlüsse der Verbandstafel in Dresden (1904) und Nürnberg (1907) mitgewirkt, die bei der Einführung der Krankenunterstützung die Anrechnung der sämtlichen bis zu diesem Zeitpunkt geleisteten Beiträge gestatteten, sowie auch die Beschlüsse, die den Wiederbezug der vollen Unterstützungssumme nach nur 2wöchiger Beitragsleistung ermöglichten. Die Belastung durch die erstgenannten Beschlüsse ist heute nicht mehr zu befechtigen, die Belastung durch die letztgenannten kann man mildern, wenn man einer Verlängerung dieser Frist von 26 auf 39 Wochen zustimmt. Auch dadurch kann eine Entlastung herbeigeführt werden, daß immer eine neue dreitägige Karenzzeit eintritt, wenn seit dem letzten Unterstützungsbezug mindestens sechs Wochen verfloßen sind.

Der Möglichkeiten, auf welche Weise der Verbandstafel aufgeholfen werden kann, gibt es natürlich noch mehr. Wir bescheiden uns bei den angeführten, weil nur diese uns als diejenigen erscheinen, die für uns ernsthaft in Frage kommen. Denn darüber wird nach unseren Darlegungen in letzter Nummer kein Zweifel sein, daß die ganze Gestaltung unserer Verbandstafel eine sonderlich befriedigende nicht ist und daß etwas getan werden muß, um ihr eine andere, unserer Bestrebungen besser angepaßte Richtung zu geben. Unsere Darlegungen bezwecken darum auch nur, Anregungen zu geben, wo die helfende Hand anzulegen ist. Beim aufmerksamen Studium derselben, in Verbindung mit dem ersten Willen, unseren Buchbinderverband auch weiterhin in erster Linie als eine Einrichtung anzusehen, die der Verbesserung unserer Lebenslage dienen soll, wird manchem unserer Leser die Erkenntnis kommen, daß man nicht gedanken- oder ad hoc an unseren Darlegungen vorbeigehen kann, wenn man sich daran macht, Anträge zum nächsten Verbandstafel zu formulieren. Denn das scheint uns diesmal die wichtigste Aufgabe des Verbandstafel zu sein, eine bessere Entwicklung unserer Finanzen herbeizuführen, eine Entwicklung, die uns mit gutem Rate in die Zukunft schauen läßt.

Wenn wir hiermit unseren Streifzug durch die Aufgaben des Verbandstafel abschließen, dann geschieht dies in der Überzeugung, noch lange nicht alles das gesagt zu haben, was zu sagen und anzuregen notwendig wäre. Wir begnügen uns mit dem, was wir als das wichtigste halten: Agitation und das Kampffähigkeithalten unserer Verbände. In der nunmehr einsetzenden Diskussion in der „Buchbinder-Zeitung“ und in den

Verfammlungen werden ohne Frage noch weitere Punkte angechnitten werden, die ebenfalls von erheblichem Interesse für unseren Mitgliederkreis sein werden. Bei alledem aber ersuchen wir, die von uns in unseren Abhandlungen gezeigten Hauptaufgaben des diesjährigen Verbandstafel nicht aus dem Auge zu lassen. Es darf sich diesmal nicht nur darum handeln, für neue Bedürfnisse auch nach der entsprechenden Dedung Ausschau zu halten, sondern vor allem müssen die noch nicht gedeuteten Belastungen durch frühere Verbandstafel ausgeglichen werden, ehe an weitere Belastungen gedacht werden kann. Und wenn unsere Kollegenschaft die Zeichen der Zeit recht zu würdigen weiß, woran wir nicht zweifeln, dann wird uns auch unser kommender Verbandstafel in unseren Erwartungen nicht enttäuschen. Unseren Verband nach innen wie außen kräftiger zu machen, ist seine Hauptaufgabe.

Aus unserem Beruf.

Eine neue Unternehmerorganisation.

Daß die Lohnbewegung unserer Breslauer Kollegenschaft einen Teil der Breslauer Unternehmer zu einer Arbeitgebervereinigung zusammengeführt hat, berichtet man bereits. Jetzt wird nun offiziell mitgeteilt, daß sich dieser Arbeitgeberverband für das Buchbindergewerbe und verwandter Berufe zu Breslau am 13. Februar endgültig organisiert habe, daß die Statuten festgesetzt und der Vorstand gewählt worden sei. Gleichzeitig wurde der forporative Beitritt zum „Deutschen Industrieclubverband“ in Dresden einstimmig beschlossen. Wie wir erfahren, ist der Buchbindereibeiter Bubba, dessen Name während der Breslauer Bewegung bedeutend genannt werden mußte, der Leiter der Bewegung.

Vom Fachschulwesen.

In der Kunstklasse der Berliner Buchbinderfachschule (Dirigent Herr Obermeister Stadl, Lehrer die Herren Merjen und Arndt) beginnt am 1. April ein neuer Kursus. Anmeldungen nimmt Herr Stadl, Berlin, Wasserlorenzstr. 4 entgegen. Vom letzten Kursus wird uns berichtet, daß an diesem zwölf Schüler aus allen Gegenden Deutschlands im Alter von 19 bis 42 Jahren teilgenommen haben. Darunter — wie auch schon in früheren Kursen — befanden sich einige Mitglieder unseres Verbandes. Ein illustrierter Prospekt wird von dem Dirigenten der Kunstklasse auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Königliche Akademie für graphische Künste in Leipzig und die Internationale Buchgewerbe-Ausstellung.

Die königliche Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig wird im Jahre 1914 ihr 150 jähriges Jubiläum feiern. Wie bedeutend der Ruf des Leipziger Instituts ist, kann man an der Tatsache erkennen, daß aus Anlaß dieses Jubiläums die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig stattfin-

den wird, von der wir schon wiederholt berichtet haben. Die Leipziger Akademie selbst wird eine monumentale angelegte Jubiläumsschrift herausgeben, an deren Gestaltung die besten Kräfte des blühenden Instituts emsig tätig sind. Sie wird gänglich in der Akademie selbst hergestellt und soll ein würdiges Denkmal der deutschen Buchgewerbekunst der Gegenwart bilden.

Zwei Arten von Bücherliebhabern.

Wie die kapitalistische Klassencheidung auch den Charakter in unerwünschter Weise beeinflusst, das wurde an einem interessanten Beispiel in der kürzlich in Berlin stattgefundenen Konferenz Berliner Arbeiterbibliothekar gezeigt. Hier wurde festgestellt, daß im Verlaufe der „Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle“ — einer Stiftung des Genossen Hugo Meimann — während der 13 Jahre ihres Bestehens zwei Bücher entwendet wurden. Aus dem Verlaufe der königlichen Bibliothek dagegen, zu der man nur nach ausreichender Legitimation Zutritt erhält, verschwanden allein im letzten Jahre 186 Bücher auf Zimmerwiedersehen!

Während die Heimatische Bibliothek oft ausschließlich von Arbeitern benutzt wird, die ohne jede Legitimation den Verlaufe betreten dürfen, rekrutiert sich das Lesepublikum der königlichen Bibliothek fast nur aus Studenten, Gelehrten, Beamten usw.

Die Arbeiter lesen Bücher, um sich in den Geist unserer großen Denker und Dichter zu vertiefen. In dieser Absicht benützen sie die Bildungsstätten, die von privaten oder öffentlichen Körperschaften errichtet wurden. Anders die Angehörigen der sog. gebildeten Stände. Manche von ihnen verbinden den irdischen Zweck des Bücherstudiums mit einem eminent praktischen. Sie nehmen die Bücher nach beendetem Studium gleich mit nach Hause! Natürlich, ohne daß der Bibliothekar davon etwas weiß!

Es zeigt sich hier, wie durch Zugehörigkeit zur bestimmten Klasse Fühlen und Denken beeinflusst werden. Der vorherrschende, fast ausgeprägte Eigentumsinn läßt die Bücherliebhaberei in Bibliomanie ausarten.

Der Kampf um das Koalitionsrecht in Kevelaer.

Der Protesthandpunkt der sich christlich nennenden Unternehmer in Kevelaer scheint die dortige Situation wirklich so zu verhärschen, daß mit einem allgemeinen Ausstand der organisierten Buchbinder und Arbeiterinnen gerechnet werden muß. Bis zur Stunde sind alle vom Volksverein für das katholische Deutschland und auch von den städtischen Behörden in Kevelaer angebotenen Vermittlungen gescheitert, und zwar gescheitert an der Halsstarrigkeit der Unternehmer, durch deren Verhalten damit der Welt ein Schauspiel geboten wird, wie es nicht alle Tage zu erleben ist. Wird doch in den hierfür maßgebenden Kreisen allen Erstes ein Vorkost der Erzeugnisse der Kevelaerer Buchbindereibetriebe, als wie Gesang-, Gebet- und Erbauungsbücher und Devotionalien erwogen. Wenn auch der Gebante an einen solchen Vorkost im ersten Augenblick einen — sagen wir — tragikomischen Eindruck zu erwecken imstande sein kann, so halten wir diese Frage denn doch für

Der Dorfstump.

III.

Die Zeit strich hin auch über das stille Dorf und Hannes begann ruhig zu werden und zu vergessen. Ein warmer, schwüler Hochsommerstag brütete über der Landschaft. In der nahen Kreisstadt wurde heute eine landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet, an der nach unendlichem Boreben seitens des Amtmanns und des Pfarrers sich auch einige Bauern aus unserem Dorf beteiligten hatten. Zur Eröffnungsfeier war das ganze Dorf, Männer, Weiber, Burschen und Mädchen mit Ausnahme der Kranken und Gebrechlichen sowie der Kinder, in die Stadt gefahren, neugierig und mitzutraulich zugleich, was für neumodische Dinge sie da zu sehen bekommen würden. Mit dem letzten Abendzug wollten alle zusammen wieder heimkehren.

Hannes war dabei geblieben; man würde gar schlecht stehen haben, wenn er hätte mitfahren wollen. Und ihm wars recht so. Was ging dem „Dorfstumpen“ eine solche Ausstellung an?

Drückend und schwül war der Tag gewesen, der Abend brachte keine Bähle. Da vermochte Hannes es in seinem engen Kämmerlein nicht mehr auszuhalten, der Schweiß perlte ihm von der Stirn; er wollte hinaus ins Freie. Seit langen Wochen war er nicht draußen gewesen. Heute war die Gelegenheit günstig. Sie alle, von deren Lippen er sonst den verhassten Namen zu hören gewohnt war, und denen er nicht gern begegnet wäre, waren in der Stadt,

unbeteiligt von ihrem Grusse würde er durch die Felder streifen können.

Das Herz ging ihm auf, als er vor dem Dorfe war. Da lagen sie, die blühenden, leuchtenden Felder, die dunklen Wälder, die lichten Berge und Höhen, die er alle so gut kannte. Welch tiefer, stiller Abendfriede ruhte über der Natur! Reife rauschte das Ährenschwere, für die Sichel reife Korn, lustig nickten zwischen seinen Galmen blaue Kornblumen, roter Rohn und an den staubigen Händen der einsamen Feldwege, auf denen Hannes dem nahen Walde zuschritt, blühten Löwenzahn, Hirtenkraut und zierliche Glockenblumen. Zuweilen surzte ein Volk Rebhühner vor ihm auf oder ein scheuer Gase huschte erschroden über den Weg. Aus dem Walde klang der Ruf des Spechtes und hin und wieder sang da oder dort ein verpöteltes Vögelchen sein Schlummerlied. Sonst war alles still ringsum.

Drüben über den Bergen aber stieg langsam Wolke um Wolke auf, sie türmten sich zu mächtigen seltsamen Gebilden übereinander, dunkel, blüheschwanger und das Ohr des Wanderers hörte weit, weit in der Ferne ein leises Rollen und Grollen, während sein scharfes Auge deutlich wahrnehmen konnte, wie die Wipfel der mächtigen Tannen oben im Hochwald sich vor dem Winde beugten, dem vor-ausfliegenden Voten des kommenden Wetters.

Jetzt hatte Hannes den Wald erreicht. Aber auch hier dieselbe bange, drückende Schwüle wie draußen über den Feldern: kein frischer Hauch wehte hindurch und brachte Labung und Erquickung.

Hannes ließ sich auf einer Moosbank nieder. Wie lieb, wie vertraut war ihm hier jede Stelle! Hier, an dieser Moosbank, wo er lag, hatten sie so oft als Knaben gespielt, hier war das Bestickt gewesen, wenn sie als Mäuer und Sendarmen aneinandergerieten, hier der Sinterhalt, aus dem beim Kriegsspiel plötzlich die einen die anderen überfielen und die derben Fäuste der Bauernbuben aufeinander loshämmerten. Und dort drüben am Quell hatten sie so oft ihre kleinen Papierschiffe den blinkenden Wellen anvertraut, die diese mit hinwegnahmen, nach ihrer Meinung bis an das Meer, das sie sich niemals so recht hatten vorstellen können.

Und wieder da, da lag jene kleine Waldwiese, wo häufig die Burschen des Dorfes mit ihren Mädchen unter den Klängen einer heiseren und überlauten Geige getanzt hatten und wie oft war er, Hannes, mitten unter ihnen gewesen, ein Froher unter den Frohlichen, damals, als er noch nicht der — „Dorfstump“ war.

Hannes wunderte sich über sich selbst. Wie kam es, daß er heute so wehmütig gestimmt war? War es die Einsamkeit, das große Schweigen ringsum.

Er versank in dumpfes Brüten: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zogen an seinen Augen vorbei. Alle Bilder aber rückten und wichen, flossen auseinander und verfloßen — eins nur blieb unauflösbar fest, klar und deutlich: der „Dorfstump“.

Er merkte nicht, daß der Abend herantam, daß es völlig Nacht wurde.

ernstlicher, als es anscheinend eine Anzahl Tagesblätter tun, die da glauben, beißenden Spott über ein solches Vorgehen ausgießen zu sollen. Nichts kann natürlicher sein, als ein Vorkopf der Produkte jener Unternehmungen, die dem Arbeiter kein Konfessionsrecht in so — unverschämter Weise zu rauben versuchen als wie die christlichen Unternehmer in Stevelaer. Wenn es sich dabei auch um christliche Erbauungsblätter usw. handelt, dann spielt das — wenn überhaupt eine — doch nur eine vollständig untergeordnete Rolle und wenn es mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter wirklich Ernst ist, der wird seine Spottlust während dieses Kampfes, dem wir eine ganz besondere Bedeutung beimessen, unterlassen müssen. Denn was sich da in Stevelaer jetzt abspielt, das unterscheidet sich in rein gar nichts von all den vielen Kämpfen, die schon von den freien Gewerkschaften um die Anerkennung des Koalitionsrechts geführt wurden und noch geführt werden müssen. Und mehr als das: Die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung wird durch diesen Kampf gegen christliche Unternehmer in Bahnen gedrängt, die nicht ohne Einfluss auf die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung sein werden, wenn nicht diese die Lehren dieses Kampfes nach dessen Beendigung verbergen hat.

In welcher Weise in Stevelaer gegen die Arbeiter vorgegangen wird, das lehrt auch ein Anschlag der Polizeiverwaltung in Stevelaer, nach dem die Neustrafe, in welcher die Fabrik der betroffenen Firma Wuhon u. Werder liegt, bis auf weiteres auf Grund des § 10 des Allgemeinen Landrechts zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit durch die Polizeiverwaltung gesperrt worden ist. Nur solchen Personen ist der Verkehr gestattet, die in der Neustrafe wohnen oder beschäftigt sind, bezw. denen, die aus familiären oder geschäftlichen Gründen das eine oder andere Haus aufsuchen müssen. Dieses Einmischen untergeordneter staatlicher oder städtischer Organe in die Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, die einseitige Stellungnahme dieser Behörden zugunsten der Unternehmer muß auch die christlichen Gewerkschaftler belehren, daß der Kampf in Stevelaer ein Klassenkampf vom reinsten Wasser ist. Die Arbeiter, die proletarisches Unternehmertum und öffentliche Gewaltent! Hier erbärmlich entlohnte Arbeitsflaven, dort ein brutales Herrenmenschenstum, geführt von den aus den Arbeiterprojekten erhaltenen städtischen Behörden! Wenn angeht, so jeder Zustand dem christlichen Arbeiter nicht das Abscheulichste geworden würde, dann wäre ihm wirklich nicht zu helfen.

Die Beurteilung der aufreizenden Haltung der Unternehmer in Stevelaer ist eine allgemeine und auch die sogenannte farblose Presse in Rheinland-Weisfallen stimmt darin überein. Nur einzig der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ist es vorbehalten, unter Verdrehung der Tatsachen die Schuld an dem Kampfe den Arbeitern zuzuschreiben, ein Verfahren freilich, das man gerade an diesem Blatte gewöhnt ist, dessen Günstigkeit sich ja nur auf die Verunglimpfung der Arbeiter aufbaut. Dieses edle Organ bringt es fertig, zu schreiben:

Auf den Wallfahrtsort Stevelaer richten sich die Augen der christlichen Gewerkschaftler, aber nicht, um in stiller Gläubigkeit ein bellendes Munder zu erwarten, sondern weil es ihnen, man höre und laune, darauf ankommt, den Arbeitgebern der dortigen Industrie, die

sich vorwiegend mit der Herstellung von Gebetbüchern und Devotionalien beschäftigen, eine Probe von der Macht ihrer Organisation zu geben! Bei der Stevelaerer Firma Thum wurde in leichtfertiger Weise ein Streik inszeniert. Die christlichen Arbeiter aller anderen Betriebe unterstügen kräftig ihre freilebenden Gesellen, aber an die Arbeitgeber stellte die christliche Gewerkschaft das Ansuchen, sie dürften der betroffenen Firma unter keinen Umständen zu Hilfe kommen! In einer geradezu ungläublichen Weise wurde weiterhin der Friede gestiftet, die Gehässigkeit und Verbitterung gefördert. Eine Agitation ist entfaltet worden, wie sie keine noch so rote Gewerkschaft hätte übertreffen können. Der Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland hat sich hingeeignet und ist in einer Weise aufgetreten, die nicht nur das Erkennen der Arbeitgeber, sondern auch die schärfste Mißbilligung der wohlmeinenden Arbeiter und der Vorgesetzten in Stevelaer hervorgerufen hat. Das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ als Organ der katholischen Arbeitervereine sowie verschiedene andere „christliche“ Zeitungen haben zum Teil unter größlicher Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse einen systematischen Feldzug gegen die Stevelaerer Industrie eröffnet, haben in einer Art geschürt und geleitet, wie man sie bei den radikalsten Vertretern des Klassenkampfes nicht deutlicher ausgeprägt findet! Am seltsamsten vielleicht beharrt der erstliche Vorklag seitens der Arbeiterführer, daß die christliche Arbeiterklasse den Vorklag über alle Stevelaerer Gebet- und Gesangbücher und Devotionalien verhängen solle. Der Terrorismus dieser Gewerkschaften macht also nicht einmal vor dem Gebetbuche halt. Die eigentliche Ursache der ganzen Agitation ist aber deutlich zwischen den Zeilen einer Auslassung des christlichen Zentralblattes zu lesen. Dort heißt es: „Im vergangenen Jahre haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften wieder um 200 000 Mitglieder zugenommen. Die christlichen Gewerkschaften aber kommen vor lauter Gegnerschaft im christlichen Lager nur mühsam von der Stelle.“ Also der richtige Vorklag auf die Erfolge der Sozialdemokratie hat die christlichen Führer bestimmt, diesen neuen Feldzug einzuleiten, bei dem sie — Menschenfischer in einem etwas anderen als im christlichen Sinne! — ihren Organisationen neuen Zuwachs zu verschaffen hoffen.

Mit aller Entschiedenheit muß wiederholt werden, daß keineswegs auf die Arbeitgeber in Stevelaer irgendwelche Verantwortung für die ihnen aufgewungenen Kämpfe entfallen kann. Von ihnen ist der Frieden nicht geführt worden; die christlichen Gewerkschaftler aber haben, als in einer Stevelaerer Fabrik aus Gründen, die mit der Organisation nichts zu tun hatten, einigen Arbeiter gefänglich wurde, diesen Anlaß mit Freuden aufgegriffen und nach dem üblichen gewerkschaftlichen Rezept über Maßregelung und Vergewaltigung gekammert, worauf dann die ganze, wenig christliche Kampagne den gewöhnlichen Fortgang genommen hat.

Diese Ausführungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ sind blanke Schwindel, denn alles das, was hier den Arbeitern in die Schuhe geschoben wird, geht zu Lasten der Unternehmer. Diese sind es, die in unverantwortlicher Weise den Kampf vom Zaune brachen, diese sind es, die den Frieden stürzten, und der Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ stellt eine

gräßliche Entstellung dar, wie wir sie freilich an dem Blatte längst gewöhnt sind.

Nach Abschluß der vorliegenden Nummer wurde uns telephonisch mitgeteilt, daß der Kampf in Stevelaer mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet werden konnte.

Die Tarifbewegung in Chemnitz.

Am 22. Februar nahmen die hiesigen Buchbindergehilfen nochmals Stellung zu dem eingereichten Tarif. Früher referierte. Der Beschluß der letzten Versammlung ist ausgeführt worden. Durch die Personalstatistik konnte festgestellt werden, daß 63 Kollegen in Zinnungsbetrieben beschäftigt sind. Von 46 Kollegen ist uns die Lohnhöhe bekannt geworden. Es bezogen wöchentlich Lohn: 3 Kollegen im ersten Gehilfenjahr 17—18 Mk.; 7 Kollegen im zweiten Gehilfenjahr 18—21 Mk.; 10 Kollegen im dritten Gehilfenjahr 20—23 Mk.; 21 Kollegen nach dieser Zeit 22—28 Mk.

Dieses Resultat ist der Zinnung mit der von uns gegebenen Annahme mitgeteilt worden. Eine Antwort darauf ist unterblieben. Keine Antwort ist in dem Falle aber auch eine.

Was geht nun aus dieser Feststellung hervor? Zunächst, daß die Zinnung gekünstelt hat, wenn sie sagt, sie zöge meistens die geforderten Löhne schon. Und dann sind diejenigen Kollegen, die sich schon seit sechs, zehn und mehr Jahren Gehilfen nennen, diejenigen, die den geforderten Löhnen am wenigsten nahekommen. Diese älteren Kollegen sind nach Meinung der Zinnung solche, die wegen mangelnder Leistungsfähigkeit die geforderten Löhne nicht verdienen; denn von der 21 Kollegen, die 22 bis 28 Mk. Lohn erhalten, waren es überhaupt nur zwei, die 28 Mk. erreichten. Wegen unter den 17 Kollegen, von denen wir Personalfragebogen nicht erhalten konnten, noch elfliche sein, die 28 Mk. und mehr an Lohn beziehen, so ändert das am Resultat nichts, denn das sind solche Kollegen, die sich einbilden, Wertmeister zu sein. Es ergibt sich das Bild, daß in Chemnitz die Gehilfen vom Werkführer abwärts eine erbärmliche Entlohnung erhalten. Leider ist das erbärmliche schon zum Bewußtsein gekommen. Aus dem Verhalten der Zinnungsmeister als auch der Buch- und Steinbrudereibesitzer ist deutlich ersichtlich, daß nur eine starke Organisation und ein fester Zusammenhalt die Forderungen der Arbeiter zur Geltung zu bringen vermögen.

Durch unser Vorgehen haben sich einige Zinnungsmeister genötigt gesehen, die mehr als göttliche Arbeitszeit in eine 68stündige umzuwandeln. Diese kleinen Erfolge sind Abschlagszahlungen, wie wir feststellen wollen. Und gelangt es uns beim ersten Ansturm nicht, die Zinnung zu bewegen, einheitliches zu schaffen, so müssen wir dahin wirken, daß dies in Balde geschieht. Der Stein ist nunmehr ins Rollen gekommen, und wir werden erst dann beruhigt sein, wenn in der großen Arbeiterstadt Chemnitz unsere Herren Meister sich bemüht fühlen, unseren berechtigten Wünschen nachzugeben.

Der Gesellenausschuß — dem, wie wir bereits mitteilten, kein Mitglied des Verbandes angehört — war zu dieser Versammlung brieflich eingeladen.

Mit Höchstgeschwindigkeit jagten einander diese Gedanken im Kopfe des Krüppels.

Was tun? Was tun? Sollte er dem Zug entgegenlaufen, rufen, warnen, schreien?

Torheit! Wie sollte ihn der Lokomotivführer hören bei dem Aufruhr der Elemente ringsum?

So sollte er zum nächsten Bahnhofsgebäude oder zum Stationsgebäude eilen? Ebenjohanne Torheit! Bis er auf dem vom Regen schlüpfrigen Boden mit seinen Stiefeln zu dem einen oder anderen gelangte, die beide ein gut Stück Weges entfernt lagen und bis man von dort mit Hilfe wieder zurück war, mußte der fällige Zug längst herankommen, die Katastrophe längst eingetreten sein.

Hier konnte nur schleunigstes, unerbüßliches Handeln Hilfe und Rettung bringen. War denn niemand in der Nähe, der helfen konnte, den Wagen aus der Weiche zurückzuführen?

Hannes rief und schrie nach Gott und den Menschen. Keine Antwort. Nur der Sturm sauste, der Regen rauschte, der Donner rollte und jeder menschliche Laut verklang ohnmächtig in dem Loben der Naturgewalten.

Jetzt aber vernahm das scharfe Ohr des Krüppels aus der Ferne das dumpfe Rollen des Zuges: dieser mußte das Defilee bereits hinter sich haben, in wenigen Minuten mußte er hier sein —

Und dann? Und dann?

(Schluß folgt.)

Erst ein scharfer, knatternder Donner Schlag, fallende Regentropfen, das Knischen des Sturmes ließen ihn auffahren.

„Gott sei Dank, ein Gewitter!“ sprach er vor sich hin. „Es wird Kühlung bringen. Nun aber schnell heim, Hannes, den nächsten Weg!“

Der nächste Weg führte am Bahnkörper entlang, der Bahn, die zur Kreisstadt führte. So schnell ihn seine Stiefel trugen wollten, eilte Hannes vorwärts.

Aber das Wetter war doch schneller als er. Der Regen strömte nieder, der Donner grollte, Blitze führten leuchtend durch die Nacht und der Sturm scherte mit wütenden Stößen ein.

All den Aufruhr überhörte ein helles, vernehmliches Glodensignal von der Bahn her.

„Der Abendzug aus der Kreisstadt wird gemeldet.“ brumnte Hannes im Gehör vor sich hin.

Wie veritamt waren ihm doch aus seinem früheren Dienst her alle diese Signale! Wie oft hatte er in glücklicheren Tagen sie gehört und wie genau mußte er, was sie alle zu bedeuten hatten.

Jetzt mußte er, fuhr der Zug, in dem auch die Dorfseherinnen sahen, von der vorhergehenden Station ab; nach fünf Minuten passierte er das enge Gebirgsdell zwischen beiden Orten, und wieder nach fünf Minuten mußte er in Sicht sein.

Als er noch im Dienste tätig wäre, so schien ihm alles, Blüßlich blieb er in seiner hastigen Wanderung erschrocken stehen, trotz Sturm und Regen und harter verwundeter hinauf zum Bahndamm.

„Na, was ist denn das?“ murmelte er. „Wie kommt denn der Wagen gerade in die Weiche? Holla, da ist etwas nicht in Ordnung!“

Mühsam kletterte er die Böschung hinauf. Und da bot sich ihm ein Anblick, der ihm, dem Kundigen, das Blut in den Adern erstarren machte.

Genau an der Stelle, wo ein toter Strang in das Hauptgleis einmündete, in daselbe Gleis, auf dem binnen wenigen Minuten der Zug herankommen mußte, und wo sich zur Verbindung der beiden Gleise eine Weiche befand, stand ein Güterwagen. Er stand auf dem toten Gleis, mitten in der Weiche; weiter auf das Hauptgleis hatte er nicht kommen können, da die Weiche nicht zum Anschluß an dieses gestellt war. So stand der Koloz von Wagen in einem stumpfen Winkel quer vor dem Hauptgleis und sperrte dieses für alle Transporte ab.

Hannes, mit solchen Dingen wohlvertraut, erkannte sofort, daß der Wagen durch die Wucht und den Druck des Sturmes hierher getrieben worden war und daß man in der Station bei der dunkelsten Nacht den Ausreißer nicht hätte bemerken können.

Aber ebenso schnell erkannte er auch das andere: es mußte zu einer furchtbaren Katastrophe von unübersehbaren Folgen kommen, wenn der heranwachsende, hier noch in voller Geschwindigkeit daherausende Zug auf den in jährem Winkel dastehenden einzelnen Wagen aufstürzte. Und der Zug mußte auffahren, da er auf dem bedrohten Gleis kam und der Lokomotivführer das Hindernis bei der Dunkelheit nicht rechtzeitig wahrnehmen konnte.

Oedland für uns,

Erschienen war keiner dieser Kollegen. Sie fühlten nicht die Verpflichtung in sich, ihren Kollegen über die Verhandlungen mit dem Innungsverband Rede und Antwort zu geben. Der Altgenosse Müller teilte brieflich den Gang der Verhandlungen mit. Allseitig war die Meinung vorhanden, wenn M. in der Weise, wie geschildert, unsere Forderungen vertreten habe, er sich nicht zu schämen brauche und auch den Mut haben sollte, in unsere Versammlung zu kommen. Wenn nun trotz dieser vermutlich geschickten Vertretung unserer Forderungen von der Innung nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht worden sind, so liegt das natürlich und nachherigste vor, die der Obermeister in Abrede stellt, oder uns wurde vom Altgenossen nicht so berichtet, wie sich die Verhandlungen zugezogen haben. Gleichviel, wie dem auch sei. Für uns kommt in Betracht, daß wir jetzt schon aus wohlwollenden Gründen von einem Streit Abstand nehmen wollen. Aber alle Kollegen, gleichviel ob sie in Innungsbetrieben oder in Druckereien arbeiten, müssen zu den Forderungen stehen und das Akzept der Druckereibesitzer einmal erproben und im Laufe dieser Woche bei ihren Prinzipalen vorstellig werden. Die Debatte war sehr anregend und wurde im Sinne des Referenten beschloffen.

Kammergericht bezeichnet es als eine Undankbarkeit die Schultheiß, wenn er dann, kurz nachdem er die Lohnerhöhung erhalten hatte, aus dem Verband wieder austrat. Auch darin trat das Kammergericht den Ausführungen der Vertreter der Angeklagten bei, daß der Anspruch gegen den Deutschen Buchbinder-Verband schon aus rein rechtlichen Gesichtspunkten unbegründet sei.

Und so mußte sich der Kläger damit abfinden, die beträchtlichen Kosten zu tragen, ohne sich an dem verhassten Buchbinder-Verband bzw. einigen seiner Mitglieder schadlos halten zu können. Hoffentlich wird der Ausgang des Prozesses ihm und seinen Hintermännern eine Lehre sein, und sie werden in Zukunft derartige unbegründete Klagen unterlassen. S. R.

Aus der Kartonnagenbranche.

Es ist bereits fast ein Jahr verfloßen, daß die von dem rührigen Teil der Kartonnagenarbeiterschaft veranlaßte Kartonnagenkonferenz stattfand. Leider scheinen diejenigen, die derartigen Tagungen weniger Bedeutung beimessen vermögen, die da meinen, deren Nutzen stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten und sonstigen Opfern, recht zu behalten. Es herrscht im allgemeinen der alte leitbahngische Zustand wie vordem. Tieferer Wirkungen hat die Konferenz nicht gezeitigt. Die Tatsache besteht nach wie vor, daß der indifferente Teil der Kartonnagenarbeiter schwieriger wie in irgendeinem anderen Gewerbe an die Organisation heranzuziehen ist, ebenso die weitere Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufstieg unserer Kollegenchaft, selbst bei den günstigsten Umständen, wie ante Organisationsverhältnisse, gute Geschäftskonjunkturen usw., äußerst langsam voranschreitet. Dabei muß konstatiert werden, daß die Inanspruchnahme der einzelnen Arbeitskräfte, die Intensität der Arbeit im allgemeinen in unserer Branche auf das höchste geringen ist.

Alle denkenden Kollegen sind sich wohl auch über die Ursachen dieser Erscheinungen klar. Es ist zunächst die große Abhängigkeit unserer Industrie von den verschiedenen anderen Großindustrien, und unsere Fabrikanlagen selbst führen infolgedessen einen wüsten Lagerschuttel gegeneinander. Manche selbständige Kartonnagenfabrikanteneristenz ist in Wirklichkeit keine andere, als die eines Arbeiters. Eine schändliche Preisdrückerei grassiert in unserer Branche. Des weiteren trägt wohl ein Teil der Schuld an den mangelhaften Berufsverhältnissen die bei uns fast ausnahmslos herrschende Affordarbeit. Vielleicht weniger die Affordarbeit selbst, als vielmehr die große Vielgestaltigkeit der gezahlten Arbeitslöhne, je nach dem einzelnen Geschäft, nach Ort und Gegend. Durch die Kartonnagenkonferenz haben die Delegierten vernommen, wie verschiedenartig die gezahlten Lohnsätze für ein und dieselben Artikel sind. Ja, es wurde festgestellt, daß Artikel für die irgendwo ein bestimmter Affordtag festgesetzt wurde, in anderer Gegend für diesen Satz als Fertigungsfabrikat in den Handel gebracht werden! Die große Verschiedenartigkeit der Berufsverhältnisse, hier besonders grassierende Seimindubrie, verbunden mit Hinderausbeutung, dort das Konkurrieren der weiblichen und der männlichen Tischarbeit, gute oder schlechte Organisationsverhältnisse usw., bedingen wohl diese Kontraste.

Um eine Gewandigung unserer Berufsverhältnisse herbeizuführen, muß die Aufmerksamkeit der Kollegenchaft, unsere ganze Organisationsarbeit darauf gerichtet sein, die Lohnsätze für die einzelnen Artikel nach Möglichkeit gleichmäßig zu gestalten. Dies ist natürlich leichter gesagt wie getan. Aber in Angriff muß diese Aufgabe trotz der Schwierigkeiten doch genommen werden. Und dazu ein Vorschlag: Die auf der Kartonnagenkonferenz gewählte provisorische Zentralkommission, die ihren Sitz in Dresden hat und die, nebenbei bemerkt, aus tüchtigen Fachleuten besteht, sollte sich der Aufgabe unterziehen, Muster möglichst aller vorkommenden Kartonnagen aus allen nur erreichbaren Gegenden Deutschlands — ev. durch Kauf — zu erlangen suchen. Desgleichen die Angaben über die gezahlten Lohnsätze, über alle sonstigen Verhältnisse, wie Arbeitszeit, Arbeitsmethode usw. Diese einwandfrei erworbenen Muster sind dann im Wisse festzuhalten. Die ganze Materie zu einer Schrift zu verarbeiten und der Allgemeinheit unserer Kollegenchaft zukommen zu lassen. Diese Schrift, die eine andere Wirkung erzielen wird und muß als eine nützlichere Zahlenstatistik, dürfte von unserer Kollegenchaft mit größtem Interesse aufgenommen werden. In der Agitation muß eine Wiedergabe der verschiedenartigsten gelegenen Berufsverhältnisse in Wort und Bild sehr große Dienste leisten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Verbandsvorstand, der anerkanntermaßen immer sehr soultant den Kartonnagenarbeitern gegenüber war, die hierzu nötigen Mittel bewilligt.

sagt die Redaktion in dem zweiten Artikel „Zum Verbandstag“, ist der Osten Deutschlands. Und das können wir Lebenbenohrer durchaus befechtigen. In diesem Teile Preußens nahm zwar vor 100 Jahren der Freiheitstempel seinen Anfang, aber allein die Grundbesitzer sicherten für sich Freiheit und Rechte. Die Arbeiter mußten trotz ihres patriotischen Handelns in niedergerückter Lage verbleiben. Der vorweg agrarisch benutzte Boden ließ die Industrie schwer Fuß fassen. Daher haben wir auch nicht soviel Arbeitermassen zusammen wie der Westen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl kommt diesen auch eher zum Bewußtsein und läßt die Solidarität hochkommen. Während in Industriegegenden derjenige, der um das Wohl der Arbeiter und Arbeiterinnen besorgt ist, Hilfe erhält von verständigen Proletariern, ist selbst in den Städten des Ostens der Agitator für die Arbeiterorganisation oft auf sich allein, seine Ausdauer und seinen Opfermut angewiesen. Alle Eingeborenen dieser Bildungs hinter eine geraume Spanne hinter der modernen Zeit her. Der Arbeiter, der seine Abendstunden und Sonntage opfert, ist bald aufgegeben, wenn es ihm nicht gelingt, ebenso ideal gestimmte Mitstreiter zu gewinnen. Nun ist es mit der Agitation allein nicht getan. Die Organisation muß ebenfalls betrieben werden. Die einzelnen Mitglieder müssen gefestigt werden, die individuelle Behandlung muß hervortreten. Diese erfordert wieder eine ständige Verbindung mit den Mitgliedern. Da ist auch unsere „Buchbinder-Zeitung“. Genügt sie? Für die Leser, gewiß! Für die Überflüssigen und Nichtleser nicht. Besondere Einwirkung muß die gewonnenen Mitglieder zu Gewerkschaften erziehen, auf daß sie unter allen Umständen zur Fahne halten. Und nun soll das Land, das so schwer zu bearbeiten ist, sich selbst überlassen bleiben? Nun, wo es sich zu regen beginnt? Es ist notwendig, daß eine ständige Kraft im Osten wirkt. Warum müssen es erst Hunderte von Mitgliedern sein? Die Ausbreitung macht es nicht allein, die Vertiefung ist notwendig. Nehmen wir mal ein Beispiel. In Danzig sprach am 20. Februar Kollege Bruck-Breslau über den Buchbinder-Verband als Schieber der Schwachen. Resultat: acht neue Mitglieder. In den beiden nächsten Tagen setzten die Kollegen die Agitation werktätweise fort und nahmen weitere zehn Mitglieder auf, während für die nächste Woche eine größere Zahl ihre Anmeldung bewirkt hat. Es läßt sich also eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl erwarten.

Diese jungen Mitglieder müssen natürlich, wollen sie ihre Lebenslage verbessern, in Sinn zusammenhalten. Wie wird es aber, wenn derjenige, der die treibende Kraft ist, gezwungen ist, den Schauplatz zu verlassen? Haben die Gewonnenen soviel Energie, daß sie allen Anforderungen troben, allen Verführungen sich Christen nennender Arbeitergesellschaften widersetzen können? Ich habe die Hoffnung, daß die älteren Danziger Mitglieder den jüngeren beistehen werden. Der Verbandstag aber darf in dieser Frage nicht so sparsam sein!

Danzig. Bruno Schmidt.

Internationales.

Amerika. Der Präsident des amerikanischen Buchbinderverbandes, Kollege R. Glocking, ist am 6. Februar in Indianapolis an den Folgen einer Magenkrebsoperation gestorben. Glocking war seit 1906 Präsident des amerikanischen Verbandes. Bis zum nächsten Verbandstage, der im nächsten Jahr in Denver (Colorado) stattfindet, werden die Funktionen des Präsidenten vom seitherigen Vizepräsidenten, dem Kollegen A. P. Sovey, St. Louis, Mo. 204 N. Third Street, ausgeübt.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen nimmt die Entwicklung des amerikanischen Verbandes einen recht eigenartigen Verlauf. Das Verbandsvermögen, das vor Jahresfrist noch 17493 Dollar betrug, ist bis zum Jahreschluß auf 6606 Dollar gesunken. Auf welche Ursachen dieser rapide Rückgang zurückzuführen ist, ist uns nicht bekannt geworden. Durch Erheben eines Extrabeitrages von 1 Mk. pro Quartal und Mitglied soll den schlechten Finanzen aufgeholfen werden und gegenwärtig findet über die Erhöhung dieses Extrabeitrages eine Urabstimmung statt.

Oesterreich. In unserm österreichischen Bruderverband, dem Verein der Buchbinder usw. Oesterreichs, machte sich auch das vergangene Jahr auf dem Gebiete der Lohnbewegungen durch seinen ruhigen Verlauf bemerkbar. Zwar hatte der Verein vier zum Ablauf gekommene Loktarifverträge mit dem Geltungsgebiet über eine ganze Stadt zu erneuern — in Laibach, Böhmisch-Leipa, Krakau

Austritt aus dem Verband, eine gerichtlich befestigte Undankbarkeit.

Ein interessanter Schadenersatzprozeß, den der Buchbinder Wilhelm Schultheiß gegen den Deutschen Buchbinder-Verband und neun Kollegen angezettelt hatte, ist vor einiger Zeit vom Kammergericht zuungunsten des Klägers bzw. seiner Hintermänner entschieden worden. — Schultheiß war bei der Firma Weisenborn u. Antberg in Berlin beschäftigt und wurde entlassen, weil die anderen dort beschäftigten Kollegen nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten wollten. Er behauptete nun, das Vorgehen seiner Mitarbeiter gegen ihn sei nur deshalb erfolgt, weil er dem Verband nicht angehört und verbote darun gegen die guten Sitten. Schultheiß erhob deshalb Klage mit dem Anspruch, die Beklagten zur sofortigen Zahlung von 300 Mk. zu verpflichten, so wie festzustellen, daß sie verpflichtet seien, auch nach allen weiteren Schaden, der ihm entstehen würde, zu ersetzen. Den gleichen Anspruch erhob er gegen den Verband mit der Behauptung, seine Mitarbeiter hätten auf dessen Veranlassung gehandelt. Die Vertreter der Beklagten erklärten demgegenüber, der Buchbinder-Verband habe mit der Entlassung des Schultheiß überhaupt nichts zu tun. Schultheiß sei ein unverträglicher Mensch, der mit seinen Mitarbeitern dauernd im Aufriden lebe. Außerdem sei er ein schlechter Arbeiter, auch habe er keine Mitarbeiter oft beim Arbeitgeber angezwungen, um diese zu schädigen. Es handelte sich bei der ganzen Angelegenheit um rein private Streitigkeiten. Der Prozeß werde auch gar nicht vom Kläger persönlich geführt, sondern es stehe der Arbeitgeber-Verband hinter ihm, der den Zweck verfolge, dem Deutschen Buchbinder-Verband Unannehmlichkeiten zu bereiten. Die Hineinziehung des Deutschen Buchbinder-Verbandes in den Prozeß sei völlig unbegründet und auch der Anspruch an denselben gesetzlich völlig haltlos.

In der Beweisaufnahme wurde dann durch eidliche Zeugenaussagen einwandfrei festgestellt, daß Schultheiß sich in der ungebührlichen Weise gegen seine Mitarbeiter benommen hat, daß er ihnen den Druck verweigerte mit der Bemerkung, „solche Löcher brande man nicht zu grüßen“ und ähnliches. Auch daß er diese und jene Vorkommnisse der Geschäftsleitung hinterbrachte, um sich bei derselben in Gunst zu setzen, fand seine Bestätigung. Das Landgericht wies darauf die Klage des Schultheiß ab, indem es anführte, die Beklagten seien im Recht gewesen, wenn sie mit dem Kläger nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Die Klage gegen den Deutschen Buchbinder-Verband sei schon aus reinen Rechtsgründen unzulässig.

Der Kläger, oder vielmehr der hinter ihm stehende Arbeitgeber-Verband hatte mit dieser Abweisung nicht genug, sondern er rief noch das Kammergericht an. Aber er hatte auch hier keinen besseren Erfolg. Vielmehr wies das Kammergericht seine Verurteilung zurück, indem es sich gleichfalls auf den Standpunkt stellte, man könne es den Beklagten durchaus nicht übel nehmen, wenn sie sich weggeren, weiter mit Sch. zusammenzuarbeiten, nachdem dieser so argwöhnisch gegen Sitte und Anstand verfahren habe.

Interessanterweise ist in dem Urteil des Kammergerichts auch darauf hingewiesen, daß Schultheiß sich kurz vorher eine Lohnerhöhung bei der Firma W. u. A. dadurch verschafft habe, daß er dem Deutschen Buchbinder-Verband beigetreten war und dadurch die Vorteile des mit diesem abgeschlossenen Tarifvertrages genießen konnte. Das

(jüdische Buchbindereien) und Mährisch-Ostrau — doch kamen alle diese Aktionen auf friedlichem Wege zum erfolgreichen Abschluß. Als besonders bemerkenswert ist dieser friedliche Verlauf deshalb zu verzeichnen, weil es seit Gründung der Reichsorganisation das erste Jahr ist, in welchem es aus Anlaß einer Tarifvertragsrevision nicht zu einem allgemeinen Streik kam. Wesentlich zu diesem beriedigenden Ergebnis mag übrigens auch der günstigere Geschäftsgang beigetragen haben, der bis weit über die Mitte des Jahres anhielt, sodann sich jedoch infolge der Balkanwirren sehr wesentlich verschlechterte. Wie plötzlich diese Verschlechterung der Konjunktur zugleich mit dem Balkankonflikt einsetzte, mag daraus erhellen, daß in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres die Zahl der Arbeitslosentage, für welche Unterstützung bezahlt wurde, um fast 3000 niedriger war als im Vorjahr (1912: 15956, 1911: 18903), dieses Minus jedoch bis zum Jahreschluß auf zirka 1300 Tage sank (1912: zirka 21200, 1911: 22541). Im vierten Jahresquartal wurden demnach zirka 1700 mehr Arbeitslosentage unterstützungsberechtigter Mitglieder gezählt als in der gleichen Periode des Vorjahres.

Der Mitgliederstand dürfte infolgedessen eine wesentliche Aenderung nicht erfahren haben, wozu allerdings auch der bereits erwähnte ruhige Verlauf des Jahres beigetragen hat. Insofern die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge einen Rückschluß auf den Mitgliederstand gestattet, dürfte dieser eine geringe Erhöhung erfahren haben, da deren Zahl von 194502 im Jahre 1911 auf zirka 196300, also um zirka 2000 gestiegen ist. Allerdings ist diese Zunahme nur bei den männlichen Mitgliedern zu verzeichnen, während bei den weiblichen eine geringe Abnahme (zirka 400) sich ergibt (von 90554 im Jahre 1911 auf zirka 90100 im Berichtsjahr). An letzterer Erscheinung dürfte unter anderem auch eine im Berichtsjahr erfolgte Beitragserhöhung — welche die im März stattgefundene Generalversammlung gleichzeitig mit einer Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung beschlossen hatte — mit beizutragen sein. Allerdings kam diese in noch weit höherem Maße für die männlichen Mitglieder zur Durchführung (für deren größten Teil um 20 Heller per Woche, für den größten Teil der weiblichen Mitglieder um 10 Heller per Woche), ohne daß sie bei diesen die gleichen Ergebnisse gezeitigt hätte.

Die Kassengebarung wurde durch diese Beitragserhöhung in der beabsichtigten günstigen Weise beeinflusst. Die Einnahmen haben sich um rund 16.000 Kronen erhöht, die Ausgaben um rund 10.000 Kronen, wobei die für den außerordentlichen Unterstützungsfonds reservierte Quote von 25 Proz. der Mitgliederbeiträge auf 28 Proz. erhöht wurde. Das gesamte Vereinsvermögen inklusive des letztgenannten Fonds erhöhte sich um rund 38.000 Kronen.

Das Jahr 1912 war für den Verein der Kartonnagenarbeiter usw. ein sehr schlechtes — insbesondere das zweite Halbjahr, in welches die Gründung dieser Organisation fiel —, was als eine Folge der Balkankrise zu betrachten ist. Trotzdem ist zu berichten, daß der Verein nicht nur die Gründungsmitglieder erhalten, sondern den Mitgliederstand noch erhöht hat. Er zählt drei Ortsgruppen und ist im Mitgliederstand von 435 zu verzeichnen. Der Mitgliedererwerb beträgt 47. — Die gesamten Einnahmen betragen 5201,69 Kronen, die Ausgaben 3008,31 Kronen, der Vermögensstand 2193,38 Kronen. An Unterstützungen wurden ausbezahlt für Arbeitslosenunterstützung 313,92 Kronen, für Krankenunterstützung 348,06 Kronen. Lohnbewegungen fanden drei statt. Für acht Arbeiter und Arbeiterinnen wurde eine Lohnerhöhung von ein bis drei Kronen pro Woche, für 60 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden und für 40 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung um eine Stunde per Woche erzielt. Ueber die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung, die im März errichtet wurde, ist zu berichten, daß dieselbe gut funktioniert. Das Fachblatt „Der Kartonnagenarbeiter“ hat eine Auflage von 1000 Exemplaren. (Nach der „Gewerkschaft“.)

Rußland. Der Streik der im Revaler Buchgewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, der jetzt beendet wurde, brachte auch unsern Kollegen und Kolleginnen eine Lohnerhöhung von 20 bis 25 Prozent.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“
wirft man nicht fort, sondern gibt sie
: an nichtorganisierte Kollegen weiter.

Korrespondenzen.
Gesperrt sind:

Deutschland.

Breslau.

Grünstadt (Firma Schäffer).

Hagen i. B. (Firma Schlegel und v. d. Seyden).

Reveler.

Wien.

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmitglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrebrecher. Sperrebruch ist Streifbruch!

Chemnitz. Infolge der Lohnbewegung der hiesigen Buchbinder ist jeder Zugang von Buchbindern und Arbeiterinnen von Chemnitz fernzuhalten.

Solingen-Wald. In der Jahresversammlung der hiesigen Zählstelle vom 8. Februar erstattete der Vorsitzende Barckhausen den üblichen Jahresbericht, der gerade kein erfreuliches Bild zeigte. Es haben im vorigen Jahre 11 Mitglieder- und 4 Generalversammlungen stattgefunden. 3 Vorträge wurden angefragt, es konnte aber wegen zu schlechten Wetters nur einer gehalten werden. Der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 72 männliche und 23 weibliche Mitglieder. Ein großer Teil der hier beschäftigten Kollegen und Kolleginnen weicht im Augenblicke der Gefahr wohl, wo Hilfe zu erwarten ist, denn laut Statistik sollen in Solingen und Umgebung 573 Kollegen und Kolleginnen in tariflosen Betrieben beschäftigt sein, der Organisation aber gehört nur ein Bruchteil an. Barck gab den Kassenericht. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 2970,90 Mk., die Ausgaben 2373 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse für 1912 betragen 1551,07 Mk., die Ausgaben 743,54 Mk. Die Lokalkasse hat ein Vermögen von 807,53 Mk. Hierauf wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. In der Versammlung wurde dann weiter mitgeteilt, daß die „Wendische Druckerei“ in Wald Streifarbeits für Wechsel verrichte. Als der Gauleiter mit dem Vorsitzenden der Zählstelle und einem Vertreter des christlichen Verbandes bei der Firma vorstellig wurde, konnte feige gestellt werden, daß es sich bei der vorliegenden Arbeit nicht um Streifarbeits handelte. Die Geschäftsleitung versprach auch, Aufträge aus Reveler während des Streiks nicht anzunehmen.

Dresden. Unsere Jahresgeneralversammlung fand am 11. Februar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Guard Männer geehrt. Der Mitgliederbestand hob sich von 1872 am 31. Dezember 1911 auf 2091 (757 männliche und 1334 weibliche) am 31. Dezember 1912. Eintritte waren zu verzeichnen 729. Wegen Rente wurden gestrichen 289, ihren Austritt erklärten 131. Haupt- und Mitgliederversammlungen fanden 4 statt; außerdem 2 öffentliche Versammlungen, 4 Diskussionsabende, 21 Sitzungen der Vertrauenspersonen, davon entfallen auf die Buchbinderbranche 4, die Kartonnagenbranche 11, die Luruspapierbranche 3. Branchenversammlungen wurden 18 veranstaltet, davon kommen auf die Buchbinderbranche 6, die Kartonnagenbranche 8, die Luruspapierbranche 4. Die Branchenkommisionen traten zu 87 Sitzungen zusammen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 27 Sitzungen. Betriebsversammlungen beriefen ein die Buchbinderbranche 37, die Kartonnagenbranche 93, die Luruspapierbranche 27. Verhandlungen mit Arbeitgebern erfolgten in 25 Fällen. Die Verbandskasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit 36156,27 Mk., die Lokalkasse mit 15626,08 Mk. ab. Als Kassenericht für nächstes Quartal sind 0613,32 Mk. vorgezogen. Arbeitslos meldeten sich im Berichtsjahr 800 männliche und 102 weibliche Mitglieder. Stellen wurden gemeldet 174 bzw. 118, besetzt wurden 120 bzw. 50. Ausbilstellen waren davon 37 bzw. 13. Am Jahreschluß verließen arbeitslos 8 bzw. 5. Die Berichtserstatter Lange und Kohn wiesen darauf hin, daß der Wechsel in der Mitgliederbewegung immer noch sehr beträchtlich ist. Das Schwergewicht muß darauf gelegt werden, die gewonnenen Mitglieder auch zu halten und dazu ist die Mitarbeit der gesamten Kollegenschaft erforderlich. Leider ist zu berichten, daß der Versammlungsbesuch, mit Ausnahme einiger Versammlungen während der Lohnbewegung der Kartonnagen, durchwegs ein sehr schlechter war. Auch

Meldungen und Beschwerden aus den Betrieben mühten regelmäßiger und schneller erfolgen, sonst ist es nicht möglich, wirksame Schritte zu unternehmen. Ebenso müssen offene Stellen jederzeit gemeldet werden, wie auch vor Arbeitsannahme erst im Bureau Erlundigungen eingezogen werden sollten. Die Klagen darüber, daß Kollegen in Unkenntnis der jeweiligen Betriebsverhältnisse durch Minderangebot ihre dort beschäftigten Kollegen schädigen, würden dadurch immer mehr zurückgehen. Weiter ist erwähnenswert, daß unsere Bibliothek der neugegründeten Zentralarbeiterbibliothek überwiegen wurde, die im Januar ihre Porten öffnete und reger Inanspruchnahme der Dresdener Arbeiterschaft harzt.

Die vom Vorstand geplante und in der Sitzung der Vertrauenspersonen beschlossene Aenderung im Hauskassensystem rief eine lebhafte Debatte hervor. Trotz der vorgebrachten Einwände stimmte die Mehrheit der Versammlung der beabsichtigten Aenderung zu. Demzufolge wird vom 1. April an das 14tägige Hauskassensystem eingeführt. Die Erhöhung der Entschädigung der Hauskassierer von 2 Pf. auf 3 Pf. pro Marke fand einstimmige Annahme. Die Besichtigung des Gantages des Gaus XII wurde dem Vorstand überwiegen.

Die Neuwahlen zum Vorstand erfolgten gemäß den Vorschlägen der Vertrauenspersonen. Bedauerlich ist es, daß die Luruspapierbranche nicht in der Lage war, Vorschläge für den erledigten Posten eines Beisitzers zu machen, der dieser Branche zukam. Die Kartonnagenbranche besetzte nummehr diesen Posten. Erreulich ist es, daß eine zweite Kollegin in den Vorstand gewählt wurde.

Mannheim-Ludwigshafen. Am 15. Februar fand in Mannheim unsere Jahres-Generalversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Geschäfts- und Kassenericht sowie der Bericht des Arbeitsnachweisleiters lagen gedruckt vor. Die Geschäfte der Zählstelle wurden erledigt in 4 General-, 15 Mitgliederversammlungen und 8 Vorstandssitzungen. Zur Regelung der Versammlungen wurden 7 Vorträge gehalten. Zwei Vorträge, die für die Ludwigshafener Versammlungen bestimmt waren, mußten des schlechten Wetters wegen ausfallen. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluß 138 männliche und 88 weibliche Mitglieder. Zum Geschäftsbericht wurde ein Antrag angenommen, die Versammlungen in Ludwigshafen nur noch nach Bedarf abzuhalten. Nach dem Kassenericht bilanzierte die Verbandskasse im 4. Quartal in Einnahme und Ausgabe mit 1967,33 Mk., die Lokalkasse hat gegenwärtig einen Bestand von 660,18 Mk. Nach dem Bericht des Arbeitsnachweisleiters gestaltete sich die Frequenz im laufenden Jahre befriedigend; der Arbeitsnachweis soll in Zukunft im Gau noch mehr Ausbreitung erfahren. Im Laufe des Jahres 1912 sind hier zugereist 117 Kollegen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Goede, 2. Vorsitzender Stöckel, Kassierer Schwefert, Schriftführer Geltrich, Beisitzer Seuring und Stajiz, Revisoren Schrimp und Köhne, Arbeitsnachweisleiter Wenzel. Der seitherige Gauvortrag, bestehend aus den Kollegen Armbrust, Schmidt und Despong, wurde einstimmig wiedergewählt. Zur Erledigung der Vorarbeiten für unser im Herbst dieses Jahres stattfindendes 25jähriges Jubiläum wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Nach einem Hinweis des seitherigen Vorsitzenden Lipfert, in Zukunft wieder mehr am Verbandsleben teilzunehmen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Barmen-Elberfeld. Am 16. Februar fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sich mit Ergänzungswahlen, einer Aenderung im Lokalstatut und dem Verzicht-Delegiertenstimm beschäftigte. In der ordentlichen Jahresversammlung war die Vortragsdemokratie für Elberfeld nicht erledigt worden. Einstimmig gewählt wurde Schaab, der aber wünschte, daß man darauf Rücksicht nehmen möge, daß seine Zeit als Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse manchmal in Anspruch genommen würde. Es sei ihm daher lieb, wenn sich Kollegen finden, die dem Gauleiter Groenhoff zur Seite stehen würden, damit dieser mehr Zeit gewinnen und sich der Aktion widmen könne. Zum Kartelldelegierten für Elberfeld wurde Peus gewählt und zum Revisor Erdmann. Als Delegierte für das Graphtische Kartell sollen wie bisher die jeweiligen Vorsitzenden funktionieren.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung war von der Verwaltung vorgezogen, den funktionären Sitzungsgelder zu bewilligen, und zwar in Höhe von 50 Pf. pro Sitzung. Die Versammlung erhöhte den Betrag auf 75 Pf. mit der Bestimmung, daß diese auch den Kartelldelegierten und Revisoren zuzuführen soll. Zum dritten Punkt referierte Weinhardt, welcher ein Regulativ entworfen hatte, nach dem die einzelnen Betriebe je nach ihrer Größe Delegierte zu wählen haben. Diese sollen alle Monate mit dem Vorstand zusammenkommen, etwaige Vorkommnisse besprechen und auch die Ansichten und Pläne der Ver-

waltung prüfen und dann diese bei den Mitgliedern propagieren. Auf diese Weise hofft die Verwaltung das Interesse der Mitglieder für das Verbandsteben zu wecken, den Versammlungsbesuch zu heben und auch manchen unliebamen Sachen, die sich in den einzelnen Betrieben zugetragen haben, besser begegnen zu können. An das Reichrat knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher über vorgebrachte Befürchtungen betont wurde, daß die Mitglieder- und Versammlungen keineswegs wegsinken, sondern im Gegenteil gefördert werden sollen, indem die Delegierten verpflichtet werden, für gütliche Versammlungsbesuch zu wirken. Mehrere wendeten sich dagegen, daß die Namen der Delegierten veröffentlicht würden, die mal nicht kämen. Es sei ein ungerichtetes Verfahren, die Kollegen zu beiraten, welche die Arbeit leisten sollen, während diejenigen, die nichts täten und sich das ganze Jahr nicht sehen lassen, ungeschoren bleiben. Man müsse auch ohne Strafen auskommen. Im übrigen sei er für das System, wenngleich er auch befürchte, daß die Druckberger nun erst recht einen Grund finden und alles den Delegierten überlassen würden. In längeren Ausführungen sprach Greenhoff für das System. Er erinnerte an die diesbezügliche Erörterung in der „Buchbinder-Zeitung“. Leider müsse er die Erfahrung häufig machen, daß das Verbandsorgan nicht immer so gelesen würde, wie es nötig sei. Schaub wies auf Düsseldorf hin, wo seit Einführung des Systems der Versammlungsbesuch ein wesentlich besserer sei, wie der Bericht in der Zeitung zeigt. In der dann erfolgten Abstimmung wurde der Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen, insbesondere über die hiesigen Unterichtsfrage, für welche sich eine Anzahl Mitglieder meldeten, wies Künster auf seine Erfahrungen hin, die er bei Stellengesuchen gemacht hat. Es sei unglücklich, zu welchen niederen Löhnen sich anscheinend einzelne Kollegen anbieten. Er müsse annehmen, daß unser Tarif nicht genügend bekannt sei. Demgegenüber wurde betont, daß einzelne Unternehmer gerne faulen Bauber machen und so tun, als wenn sie wunder was für billige Angebote hätten. Jedenfalls könne es sich dabei nicht um Verbandskollegen handeln, sondern es würden wohl meistens solche „Mittler“ sein, für die selbst der geforderte Lohn noch zu „hoch“ sein würde. Im übrigen wurde von der Verwaltung zugesagt, daß man gegebenenfalls solche Kolonnen rücksichtslos ans Licht der Öffentlichkeit ziehen würde.

Ludensweiler. Am 17. Februar hielt unsere Zahlstelle eine Generalversammlung ab, um zunächst den Jahresbericht der Ortsverwaltung entgegenzunehmen. Aus diesem ist hervorzuheben, daß das vergangene Jahr hauptsächlich dem Ausbau der Organisation gewidmet war. Durch eine im Frühjahr eingeführte Agitationskommission wurde systematisch Hausagitation betrieben, die gute Erfolge zeitigte. Die Mitgliederzahl stieg von 238 (117 männliche, 118 weibliche) auf 290 (139 männliche, 151 weibliche), so daß jetzt ungefähr 90 Proz. der in der Papierwarenindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen organisiert sind. Inzwischen ist die Mitgliederzahl weiter gestiegen, sie beträgt gegenwärtig über 300. Einige Differenzen mit Arbeitgebern, die sich im Laufe des Jahres einstellten, konnten geschlichtet werden, ohne daß es zu ernstlichen Konflikten kam. Bedauerlicherweise hatten die betreffenden Kolleginnen und Kollegen die Arbeit eingestellt bzw. gekündigt, ehe sie mit der Ortsverwaltung wegen der existierenden Differenzen Rücksprache nahmen, ein Verhalten, das unter keinen Umständen gebilligt werden kann. Kühle, der den Bericht gab, ermahnte zum Schluß die Kollegen und Kolleginnen, treu zum Verbands zu halten. Nur dieser viele Gewähr für eine Besserung der Lebenshaltung. Lehmann erbatte sodann den Jahresbericht. Die Einnahmen der Verbandskasse bestanden sich im letzten Berichtsjahr auf 2151,37 Mk., die Ausgaben auf 1580,96 Mk. Die Lokalfasse hatte an Einnahmen einschließlich des vom Vorquartal übernommenen Kassenbestandes 1193,23 Mk. zu verzeichnen, an Ausgaben 193,65 Mk., so daß ein Kassenbestand von 999,58 Mk. verblieb. Die Jahreseinnahme der Verbandskasse belief sich auf 5890,55 Mk., die Ausgabe auf 1449,20 Mk. Die Lokalfasse vereinnahmte im Laufe des Jahres 1904,21 Mk., sie gab aus 904,63 Mk. Den Bericht vom Gewerkschaftsstatistik gaben die Kollegen Berrier und Bauer. Hierauf wurden als Delegierte zu dem in Potsdam stattfindenden Gantag Kühle, Fleischer und Kreisdamann gewählt, als Ersatz Lehmann.

Alsdann trat die Versammlung in eine eingehende Beratung der Tarifvorlage ein, die den Arbeitgebern mit der Kündigung des Tarifs, der am 1. März zu erfolgen hat, vorgelegt werden soll. Gefordert werden neunstündige Arbeitszeit und im allgemeinen eine zehnpromzentige Lohnverhöhung. Die Forderungen sind sehr bescheiden, sie entsprechen bei weitem nicht der Steigerung der Lebensmittel-

and Mietpreise der letzten Jahre. Können wir, daß dies auch die Arbeitgeber einsehen und ein dementsprechendes Entgegenkommen zeigen werden. Die Versammlung war sehr gut besucht und von vorzüglichem Geiste befeelt, ein gutes Vorzeichen für die kommende Lohnbewegung.

Stuttgart. Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung vom 17. Februar fand unter schwacher Beteiligung statt. Demnächst referierte über „Die Aufgaben des bevorstehenden Gantages“, bei dem die Agitation in den Vordergrund gestellt werden soll. In der Diskussion bemerkte Sägete, daß er sich von einem Gantag nicht viel verspreche, wenn er aber abgehalten werde, müsse die Agitation recht gründlich durchberaten werden. Demgegenüber mißt Lange den Gantagen sehr große Wichtigkeit bei, sei es doch durch diese möglich, auch mit den kleinen Zahlstellen in Verbindung zu bekommen. Dür begründet einen Antrag, den Gantag alle drei Jahre vor dem Verbandstage stattfinden zu lassen. Nach erfolgter Diskussion fand der Antrag einstimmige Annahme. Zur Wahl der Delegierten zum Gantag empfahl die Ortsverwaltung von dem staatsrechtlichen Recht keinen Gebrauch zu machen, und nur acht Delegierte zu wählen. Bei der vorgenannten Wahl wurden folgende Kollegen gewählt: Demninger, Dreßwald, Meidert, Lange, Dürr, Sägete, Benzing und für den Bezirk Eßlingen Junke. Zum Punkt „Kaiserei“, bemerkte der Vorsitzende, daß auch in diesem Jahre ein Demonstrationstanzung stattfinden werde. Da nun der 1. Mai auf einen Freitag falle, ersucht er die Vertrauensleute, dafür Sorge zu tragen, daß sich jedes Mitglied daran beteilige. Nachdem weit der Vorsitzende auf die Besichtigung des Hoftheaters sowie auf den vom Bildungsausschuß arrangierten „schwäbischen Liederabend“ und auf die Gesellschaftsreise nach Hamburg und Deland, welche von den vereinigten Gewerkschaften ausgeführt wird, hin, und ersucht um zahlreichste Beteiligung an diesen Veranstaltungen. Zum Schluß wurde mitgeteilt, daß sich der Buchbinder-Kammerchor dem deutschen Arbeiterfängerbund angeschlossen habe. Unsere Mitglieder sollten dem Chor nunmehr recht zahlreich beitreten.

Hamburg-Altona. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 18. Februar stellte Stob vor Eintritt in die Tagesordnung zu dem letzten Verbandsjahresbericht fest, daß er nicht gesagt habe, die Buchbinder bei der Firma Stark seien nicht organisiert, sondern der Leiter der Buchbinderei Jude die Organisation möglichst fernzuhalten. Ein dort ständige beschäftigter Kollege sei organisiert. Zum ersten Punkt: „Aufgaben des nächsten Verbandstages“ sprach Künster. Seit ungefähr 20 Jahren hat unser Verband große Fortschritte gemacht, er ist aber auch seinen Aufgaben in jeder Beziehung gerecht geworden. Sehen wir uns die Verhältnisse gegen früher an, so muß konstatiert werden, daß sich die Lage unserer Mitglieder mit Hilfe des Verbandes ganz bedeutend gehoben hat. Leider hat aber die Verteuerung der notwendigen Lebens- und Gebrauchsmittel eine Höhe erreicht, die die Ertragsfähigkeit der Organisation in Frage stellen, wenn wir nicht auf dem Posten sind und unseren Verband kräftig und kampfbereit erhalten. Wohl stellen wir durch die Zusammenfassung von ungefähr 33000 Berufsangehörigen eine Macht dar, mit der das Unterehertum auf jeden Fall zu rechnen hat. In materieller Beziehung müssen wir alle Kräfte anspannen, um für unsere Verbandskasse ein besseres Ergebnis zu erzielen. Jedenfalls müssen wir uns auf Anträge des Verbandsvorstandes, Erhöhung der Beiträge betreffend, gefaßt machen. Weiter muß sich der Verbandstag mit der Frage der Heranziehung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter beschäftigen. Die Frage der Schaffung eines graphischen Industrieverbandes und das Verhältnis der Gewerkschaften und Genossenschaften zueinander werden den Verbandstag in reichlichem Maße beschäftigen. Zum Schluß schlug der Redner vor, eine Kommission zu wählen, welche eventuelle Anträge aus den Mitgliederkreisen entgegenzunehmen und zu bearbeiten hat. Eine Diskussion fand nicht statt; in die vorgelegte Kommission wurden Künster, Schable, Düsing, Winar und Konrad gewählt.

Auf der Tagesordnung stand dann als weiterer Punkt der Antrag der Ortsverwaltung, Aufhebung des Beschlusses der letzten Versammlung, wonach Mitglieder des Vorstandes dem Festkomitee nicht angehören dürfen. Dazu beantragte das Festkomitee Uebergang zur Tagesordnung. Dafür sprach Winar. Audleber ersuchte die Versammlung, erit die Gründe anzuhören, welche die Ortsverwaltung zur Stellung ihres Antrages bewegen habe. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde jedoch angenommen. Darauf gab der Vorsitzende die Erklärung ab, daß die Ortsverwaltung die Aufrechterhaltung des Beschlusses der letzten Versammlung und die eigenartige Erledigung der Angelegenheit als ein Mißtrauensvotum ansehen müsse und daß sie sich dadurch

gezwungen sehe, ihre Funktionen niederzulegen. Diese Erklärung wurde von einem kleinen Teil der Versammlung mit ausfälligem Händeklatschen und Beifall aufgenommen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß der diesjährige Gantag zu Pfingsten in Schwerin stattfindet. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ kam Wörth auf seine Anfrage, die Ausweisung des Genossen v. Elm auf dem Genossenschaftstage betreffend zurück. Dazu bemerkte der Vorsitzende, daß man die gewerkschaftsfreundliche Tätigkeit des Herrn Kaufmann im Buchdruckeramt wohl anerkennen könne. Davon aber könne keine Rede sein, daß ohne die Einwirkung des Herrn Kaufmann ein Buchbindertarif für Hamburg überhaupt nicht zustande gekommen wäre. Das Zustandekommen des Tarifs ist vielmehr den Vertretern resp. Inhabern anderer größerer Betriebe zu verdanken, welche die Stärke und Kraft unserer Organisation in Betracht ziehend, wohl wußten, daß ein eventueller Kampf sehr leicht zu ihren Ungunsten ausfallen könnte und die deshalb ihren Einfluß geltend gemacht haben, den Tarif zum Abschluß zu bringen.

An Stelle des Kollegen Anderjen, welcher von seinem Posten als Gauvorstandsmitglied zurückgetreten ist, wird Stob gewählt. Anschließend an diese Wahl stellt Düsing fest, daß sich der Kollege Winar, welcher Mitglied des Festauschusses ist, mit zur Wahl gestellt hat, trotzdem er einer der eifrigsten Verfechter des Antrages war, wonach Mitglieder des Vorstandes dem Festkomitee nicht angehören dürfen. Winar erwidert, daß mit dem Antrage nur die Ortsverwaltungsmittelglieder gemeint seien. Es entwickelte sich nun doch eine längere Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung, den Antrag der Ortsverwaltung betreffend, Goldberg, Winar, Haupt und Heiland vertreten den Standpunkt, daß die Ortsverwaltung kein Recht habe, die Aufhebung des in der letzten Versammlung gefaßten Beschlusses zu beantragen; letzterer betrifft dem Vorstande auch das Recht, eine Versammlung, in der ein Antrag des Vorstandes zur Beratung steht, als außerordentliche Generalversammlung zu bezeichnen. Düsing, Künster und Audleber wiesen nach, daß der in letzter Versammlung gefaßte Beschluß über geänderte Ordnungsmäßigkeiten und rechtlichen Begründung einträte und mit Recht von der Ortsverwaltung als Mißtrauensvotum angesehen werden müsse, da diese dadurch zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert würden. Audleber bemerkte gegenüber dem Kollegen Heiland, daß man sich über die von ihm geäußerte Ansicht betr. Einberufung von Versammlungen resp. das Recht des Vorstandes dazu sehr wundern müsse; von ihm als Gauvorstands- und Festkomiteemitglied sollte man zwar mindestens verlangen können, daß ihm die Bestimmungen des Statuts, die jedem Mitglied geläufig sind, bekannt sein sollten. Künster beantragte nun, von Elise unterstützt, den eingangs gefaßten Beschluß, Uebergang zur Tagesordnung über den von der Ortsverwaltung gestellten Antrag aufzuheben und die einmal begangenen Fehler wieder gutzumachen. Aber auch dieser Antrag wurde von derselben Mehrheit abgelehnt. Darauf Schluß der Versammlung.

Göppingen. Am 18. Februar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der außerordentlich gute Besuch veranlaßte den Vorsitzenden Gutwein, seiner Freude Ausdruck zu geben, daß er nach längerer Zeit wieder einmal eine fast vollständig besetzte Versammlung eröffnen könne. Der Jahresbericht vom vierten Quartal wies folgende Zahlen auf: Verbandskasse Einnahme 246,04 Mk., Lokalfasse Bestand 49,25 Mk. In die Verwaltung wurden gewählt: Erster Vorsitzender Bühler, zweiter Vorsitzender Jakob, Kassierer Rudwied, Schriftführer Ulrich, Revisoren Frey und Munder, Kartelldelegierte Jakob und Ulrich. In seinem Schlußwort ersuchte der neugewählte Vorsitzende die anwesenden Mitglieder, ihn nach besten Kräften zu unterstützen. Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden zweiten Montag im Monat im Lokal „Zu den drei Königen“, um 7 Uhr statt.

Magdeburg. Unsere gut besuchte Generalversammlung tagte am 22. Februar. Dem Geschäftsbericht, erstattet von v. d. Reith, ist folgendes zu entnehmen: Stattgefunden haben 8 Mitglieder, 4 General- und 31 Versammlungsveranstaltungen. In 23 Vorstandssitzungen erledigte der Vorstand seine Aufgaben. Außerdem war der Vorstand in 5 Sitzungen des Gewerkschaftsstatistik, 6 des Graphischen Statistiks und 11 Betriebsversammlungen anwesend. Die hohe Zahl der Sitzungen ist auf unsere Lohnbewegung zurückzuführen. Im Frühjahr wurde eine Lohnbewegung bei der Firma Häfeler u. Köfeler geführt, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Im Mai und Juni wurden durch Hausagitation dem Verbands eine Anzahl Kolleginnen zugeführt. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, daß sich aus den Kreisen der Mitglieder zur Mitarbeit nicht einer gefunden

haben. Am 3. August wurde die Mündigung des bestehenden Tarifs beschlossen. Der dann neu abgeschlossene Tarif brachte eine Arbeitsverlängerung von 24 Stunden pro Woche. Die Lohnhöhe betrug im Durchschnitt 1,52 Mk. pro Beteiligten, insgesamt 517,27 Mk. pro Woche. Dies ist als ein guter Erfolg zu bezeichnen. Leider haben sich einige Buchbindermeister noch nicht dazu verstanden, den Tarif unterrichtlich anzuerkennen. Zum Schluss ersuchte v. d. Reith die Mitglieder, in diesem Jahre besser zu arbeiten zur Gewinnung der vielen hundert Kolleginnen in der Kartonnagenindustrie. Den Kassenbericht erstattete Schubert. Die Verbandskasse schloß mit einer Einnahme und Ausgabe von 7493,90 Mk. ab. Die Vorkasse hatte eine Einnahme von 3402,59 Mk. und eine Ausgabe von 1566,14 Mk. und einen Kassenbestand von 1846,45 Mk. Die Mitgliederzunahme beträgt 47. Den Bericht der Gaukasse gab Kollege Böhm. Das Vermögen derselben ist auf 1400,26 Mark geiegen. Der Gau zählte am Schluß 1912 91 Mitglieder. Nach Kenntnisnahme der Abrechnung vom Stiftungsfest fand die Wahl des Vorstandes statt. Gewählt wurden als erster Vorsitzender v. d. Reith, zweiter Vorsitzender Einbrodt, Kassierer Schubert, Schriftführer Schreiber, Beisitzer Walter, Thormein, El. Schulz und W. Schulz. Revisoren Richter und Lemke; in den Gauvorsitz Böhm, Vollmann, Schwaneigel. Unter „Verschiedenes“ ersuchte der Vorsitzende um Bestellungen auf den 2. Band der Geschichte des Deutschen Buchbinderbundes sowie des Statistischen Handbuchs.

Rundschau.

Vom Segen unserer sozialer Fürsorge. Wenn Monate erwerbsunfähig war der Kartonnarbeiter W., als er im April 1912 als 31jähriger Mann die Invalidenrente begehrte. Die schwere Arbeit des Pappenzuschneiders hat seinen Rücken krumm und seine Nerven schwach werden lassen. Schon früher hatte er Monate lang die Arbeit aussetzen müssen. Dann hatte er ein Jahr gearbeitet, bis es ihn wieder hinwarf. Nach dem ärztlichen Gutachten hat W. Schonung und Ruhe notwendig. Er wurde für vorübergehend erwerbsunfähig bezeichnet und bekam ein Gehorsortett, das auch eine gewisse Verbesserung herbeiführte. Die Not der Familie aber trieb den Mann wieder zur Arbeit und die Krankenrente wurde wieder eingestell. Fünf Monate ging es, dann nicht mehr. Als er sich krank gemeldet hatte, wurde ihm kurz darauf der Krankenschein wieder weggenommen mit der Begründung, daß es sich um die Fortsetzung der früheren Krankheit handelte, und er nach den Statuten keinen Anspruch mehr an die Kasse habe, da er ausgeteuert sei. Nun wandte er sich wieder an die Lebensversicherungsanstalt um Fortgewährung der Krankenrente. Diese gab aber ablehnenden Bescheid mit der Begründung, es liege ein neuer Fall von Invalidität vor, die fünfmonatige Arbeit sei, zumal bei dem erzielten guten Verdienst, nicht als mißglückter Arbeitsverlauf zu betrachten. Erst nach wöchiger Krankheit sollte die Krankenrente wieder gewährt werden. Auf denselben Standpunkt stellte sich das Oberversicherungsamt, das W. anrufen hatte; es verwarf die Verfügung. — Was macht nun der Mann? Er und seine Familie wollen leben. Er ist krank, erwerbsunfähig, mittellos. Die Krankenkasse verweigert Krankenlohn, weil es sich für sie um die Fortsetzung einer früheren Krankheit, um einen alten Fall handelt, für den weiter Entschädigung zu zahlen statutarische Bestimmungen entgegenstehen. Die Versicherungsanstalt verweigert die Krankenrente, weil es sich für sie um einen neuen Fall handelt, bei dem erst eine wöchige Frist verstrichen sein muß, ehe die farge Rente gewährt werden kann!

Es ist doch etwas Herrliches um die vielgerühmte soziale Fürsorge im Deutschen Reich. Diejenigen, die nicht müde werden, ihren Ruhm auszusprechen, sind wert, daß sie selbst Objekte dieser Fürsorge werden. („Chemnitzer Volksstimme.“)

Die Lohnbewegungen einiger Gewerkschaften sind in den letzten Tagen und Wochen durch Schiedssprüche beendet worden. Am bedeutungsvollsten davon ist die Bewegung des Holzarbeiterverbandes, an der 62.000 Arbeiter beteiligt waren. In der Holzindustrie waren alle im Jahre 1913 ablaufenden Tarifverträge von der Unternehmerorganisation genehmigt worden. Die Verhandlungen über die von beiden Parteien aufgestellten Forderungen verliefen resultatlos und ein größerer Kampf schien unvermeidlich, denn der Arbeitgeberverband hatte bereits den Beschluß gefaßt, 62.000 Holzarbeiter auszusperrn. Ein Einigungsamt unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. von Verlepsh hat dann nach fünfjähriger Beratung einen Schiedsspruch gefaßt. Darin werden vierjährige Verträge festgesetzt,

von denen die jetzt gefaßten bis 1917 gelten sollen, alle anderen aber, die in den Jahren 1914, 1915 und 1916 ablaufen, sollen von 1915 bis 1919 Geltung bekommen. Die deutsche Holzindustrie wurde dann zwei verschiedene Gruppen der Tarifverträge haben. Die Arbeitszeit wurde in allen Orten verfürzt. Wo die Arbeitszeit 54 und weniger Stunden beträgt, tritt eine Stunde Verfürzung ein, in allen anderen Orten 2 Stunden. Auch Berlin mit der bisher kürzesten Arbeitszeit von 51 Stunden erhält während der Vertragsdauer für über 20.000 Vertragsangehörige eine Arbeitszeit von 50 Stunden. Diese Regelung soll jedoch für zwei Vertragsperioden bestehen bleiben. Nur in Städten mit langer Arbeitszeit soll später noch eine Maximalarbeitszeit von 54 Stunden bestehen. Die Löhne werden am 1. März 1913 um 2 Pf., am 1. März 1914 um 2 Pf. und am 1. März 1915 um 1 Pf. pro Stunde erhöht. Außerdem tritt für die Arbeitszeitverfürzung jedesmal ein Lohnausgleich ein. Die Minimallohne werden in der gleichen Weise, die Akkordpreise um denselben Prozentsatz erhöht. Paritätische Arbeitsnachweise sollen in allen Städten errichtet werden, wo es den beiderseitigen Interessen dienlich ist. Alle Streitpunkte, die noch nicht durch den Schiedsspruch entschieden sind, wurden den sofort aufzunehmenden örtlichen Verhandlungen überwiesen. Wenn eine Einigung auch durch Vermittelung der Zentralinstanzen bis zum 1. März nicht zu erzielen ist, sollen die verbleibenden Differenzen durch einen erneuten Schiedsspruch entschieden werden.

Nach den vorliegenden Zeitungsmitteilungen haben die Unternehmer in 22 kleinen Bezirken den Schiedsspruch abgelehnt, in 29 größeren aber ihm zugestimmt.

Auch im Malergewerbe wurde ein Schiedsspruch gefaßt, in dem die Regelung der Lohnfrage den Gautarifautoren überwiesen wurde. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet.

Die Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe sind nach siebenjähriger Dauer ebenfalls beendet worden. Infolge der Eigenart dieses Gewerbes — Heimarbeit, Wäghäutenfrage usw. — gestalteten sie sich recht schwierig. Die Lösung der Frage des Zuschlages für Heimarbeiter wurde bis zur Einführung des Reichstarifes verlagert, der für diesen Beruf nur noch eine Frage der Zeit ist. Durch Schiedsspruch wurde den Arbeitgebern empfohlen, möglichst überall Betriebswerkstätten zu errichten. Für eine große Anzahl Orte wurden von den Inparteienden, die die Verhandlungen leiteten, Schiedssprüche gefaßt. Zum Gesamtergebnis sagt die „Nachzeitung für Schneider“: „Wer das Gesamtergebnis objektiv prüft und sich dabei nicht von örtlichen Verhältnissen leiten läßt, sondern die Schiedssprüche als einheitliches Ganzes betrachtet und darum auch das Gesamtinteresse der Kollegenschaft und der Organisation ins Auge faßt, der wird nicht anders können, als den Schiedssprüchen zustimmen müssen. Zu dieser Auffassung sind auch die örtlichen Vertreter gekommen, die in Dresden die Forderungen der Kollegen vertreten haben.“ Die Arbeitszeit wurde — soweit sie 10 Stunden übersteigt — auf 10 Stunden herabgesetzt.

Schnelle Arbeit im Kampfe gegen die „Volksfürsorge“ hat der preussische Minister des Innern geleistet. Durch Erlass vom 11. Februar ist dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, der bekannten Gegenröndung zur „Volksfürsorge“, die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf das Gebiet der Volksversicherung genehmigt worden. Der Verband wird unverzüglich mit der Durchführung des Betriebs der Volksversicherung beginnen.

Es scheint, als ob man durch diese beschleunigte Genehmigung den „nationalen“ Volksversicherungen einen Vorprung vor der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen „Volksfürsorge“ zu geben beabsichtigt, denn die Genehmigung der „Volksfürsorge“ ist noch nicht erfolgt, trotzdem das Gesetz schon vor einigen Monaten beim Ausschussamt für Privatversicherung eingereicht worden ist. Wir eruchen unsere Mitglieder dringend, sich von den Agenten dieser privaten Gesellschaften nicht betören zu lassen, sondern sich nur bei der „Volksfürsorge“ zu versichern. Gerade dieses — merkwürdige Verhalten des Ausschussamtes wird die Arbeiter belehren, daß es unbedingt notwendig ist, alle Kraft zu konzentrieren, damit die „Volksfürsorge“, einmal genehmigt, sofort auf der breitesten Basis in Tätigkeit treten kann.

Ausnahmengesetze gegen streikende Arbeiter verlangte in seiner jüngsten Tagung auch der deutsche Handelsstag. Er beschloß mit großer Mehrheit die Annahme folgender Resolution:

Der Deutsche Handelsstag hat auf Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern veranstalteten Umfrage die Heberzeugung gewonnen, daß, um den Hebelständen bei

Streits im wesentlichen zu begegnen und die Arbeitswilligen nicht ferner dem Terrorismus der Streikenden in bisheriger Weise auszuweichen, ein ausgiebiger und schneller Schutz der Arbeitswilligen auf gesetzlichem Wege zu schaffen sei.

Gegen den Terrorismus in seinen eigenen Reihen fand der Handelsstag natürlich kein Wort der Kritik, denn da handelt es sich nach seinen Sittengesetzen ja nur um — Solidaritätsbeweise. Und diese Gesellschaft will uns Arbeiter mit Buchhausgesetzen beglücken, wenn wir nur unser geistliches Recht ausüben.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist auffällig geworden, weil der Reichstag vorläufig noch kein Buchhausgesetz will. In seiner letzten Ausschußsitzung wurde über die Nationalliberalen geschimpft, weil diese gegen das Verbot des Streikpostenstehens gestimmt haben. Es wurde behauptet, daß von unseren Reichstagsabgeordneten drei Viertel bei ihrem Eintritt in das Parlament alle Rücksicht auf das praktische Leben verlieren und nur noch die Rücksicht auf die Wiederwahl kennen, die sie über das Wohl des Vaterlandes stellen; das sei ein tief bedauerlicher Zustand, über den entsetzt zu sein die deutsche Industrie und alle Erwerbskreise des deutschen Volkes alle Ursache hätten. — Uns scheint im Gegenteil die Furcht vor den Wählern der einzig gesunde Gebanke zu sein, der dem Parlamentarismus zugrunde liegt und wir wünschen nur, daß alle Arbeiter ihre wahren Interessen so gut erkennen und wahrnehmen würden, so daß jeder Abgeordnete wüßte, daß er auf Arbeiterstimmen nie mehr zu rechnen hat, sobald er diese Interessen verletzt.

Schumann und Streikposten. Ein Polizeibeamter nach dem Herzen der Scharfmacher erschien dieser Tage vor der Strafkammer des Düsseldorf Landgerichts. Anlässlich eines Streits in Düsseldorf-Oberbilk sollte sich ein als Streikposten fungierender Arbeiter dadurch strafbar gemacht haben, daß er „den Anordnungen eines Polizeibeamten nicht nachgekommen sei“. Der Angeklagte war hinter einem Arbeitswilligen, der von einem Schumann begleitet wurde, hergeschritten. Dem „Hüter der Ordnung“ gefiel diese Kontrolle nicht und er verbot es dem Streikposten. Weil sich der Arbeiter an dieses Verbot nicht gehalten hatte, wurde er unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht auch tatsächlich wegen Verdröhung (!) zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Die Berufsungsverhandlung vor der Düsseldorf Strafkammer hatte eine wesentliche andere Auffassung von der Sache. Der Schumann mußte zugeben, daß der Streikposten weder auf den Arbeitswilligen eingerebet, noch die Ruhe irgendwie gestört habe, es sei aber ein Aufruf „zu befürchten“ gewesen. Diese und ähnliche sonderbare Aussagen der Zeugen veranlaßten schließlich sogar den Vorsitzenden dazu, den Polizeibeamten darauf aufmerksam zu machen, daß das Streikpostenstehen gesetzlich gestattet und eine Einschränkung auf die bloße Vermutung hin, daß etwas geschehen könnte, ungesetzlich sei! Der Angeklagte wurde freigesprochen! — Es ist nach diesem wirklich notwendig, daß den sich häufenden Hebergriffen von Polizeibeamten durch gerichtliche Entscheidungen entgegengetreten werde.

Wang zum Heilverfahren. Bekanntlich haben die Landesversicherungsanstalten Heilanstalten errichtet, in denen den Versicherten zur Vorbeugung der Invalidität unentgeltlich Heilbehandlung gewährt wird. Wenngleich nun auch die Versicherungsanstalten gesetzlich nicht verpflichtet sind, das Heilverfahren zu übernehmen, so sind sie doch andererseits berechtigt, von den Versicherten zu verlangen, daß sie sich dem Heilverfahren unterwerfen. Weigert sich der Versicherte ohne triftigen Grund einer solchen Aufforderung nachzukommen, so kann ihm die Rente ganz oder teilweise ver sagt werden, wenn durch die Weigerung vorzeitiger die Invalidität eintritt.

Was einen triftigen Grund zur Ablehnung der Heilbehandlung darstellt, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Generell festgesetzt ist dies nicht. Die Weigerung kann durch Familienverhältnisse, durch Zustände, die in der Anstalt, in die der Versicherte eingeliefert werden soll, begründet sein; durch Gemütsstimmung, z. B. Heimweh, vermöge deren der Aufenthalt in einem Krankenhause dem Versicherten untraglich ist usw. Auf die Folgen einer unberechtigten Weigerung müssen die Versicherten jedoch vorher stets hingewiesen werden. Will die Versicherungsanstalt in solchen Fällen ganz oder teilweise die Rente entziehen, so hat sie den Nachweis zu führen, daß die Invalidität durch die Schuld des Versicherten entstanden ist, weil er sich weigerte, sich einer Heilbehandlung zu unterziehen.

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 24. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Brandenburg mit 120 Mk., Lindenwalde 800 Mk., Gau 111 60 Mk., Bromberg ...

Abrechnungen.

Streik der Postkartenbranche in Berlin

(1. bis 7. Oktober 1912).

Einnahme.

Table with 2 columns: Description, Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Aus der Lokalkasse'.

Ausgabe.

Table with 3 columns: Description, Zentralkasse, Lokalkasse. Includes 'An 86 verheiratete Arbeiter', 'An 91 ledige Arbeiter', etc.

Streikleitung: Karl Klappenbach.

Revisoren:

- Georg Lentzsch, Paul Calow, Paul Zahn, Edmund Wolgast.

Streik der Werkstube Leo Barthold & Fürrenfeldt, Berlin.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description, Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Aus der Lokalkasse'.

Ausgabe.

Table with 3 columns: Description, Zentralkasse, Lokalkasse. Includes 'An 9 verheiratete Arbeiter', 'An 14 ledige Arbeiter', etc.

Streik der Werkstube Alinda Helmert, Berlin.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description, Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Aus der Lokalkasse'.

Ausgabe.

Table with 3 columns: Description, Zentralkasse, Lokalkasse. Includes 'An 6 verheiratete Arbeiter', 'An 3 ledige Arbeiter', etc.

Streik der Werkstube Rindler, Berlin.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description, Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Aus der Lokalkasse'.

Ausgabe.

Table with 3 columns: Description, Zentralkasse, Lokalkasse. Includes 'An 11 Arbeiterinnen', 'Für Ausgaben der Funktionäre'.

Berlin, 15. Januar 1913.

Franz Dytomski, Kassierer.

Revisoren:

- Paul Calow, Paul Zahn.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

Wuppinger, J. Bühler, Ob. Freihastr. 27 I. Freiburg i. B. A. Lehmann, Volkstr. 32 IV. M. Gladbach, S. Schröder, Alleestr. 43; Vertrauensmann für Bieren: M. Käufer, Hofstraßweg.

Unterstützungs-Anzahler.

Lüdenscheid, M. Scholz, Königsstr. 20. Nur Verträge von 12-1 1/2 und 7-8 Uhr. Mannheim-Ludwigsbafen, M. Wenzel, Mannheim, F 4. 8/9. Gewerkschaftshaus.

Briefkasten.

G. G. in R. Rein, das Injerat ist noch nicht bezahlt! — J. F. in D. Wer wegen irgendeiner Straftat eine mehrwöchige Gefängnisstrafe verbüßt, kann ganz selbstverständlich keine Arbeitslosenunterstützung beanspruchen.

Literarisches.

Führer durch das Versicherungsrecht der Angestellten. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin. Preis 40 Pf.

Solcher Führer sind zwar schon mehr auf dem Markt, aber von ihnen allen untercheidet sich der vorliegende dadurch, daß nicht nur das Gesetz, sondern auch die bisher erlassenen Ausführungsbestimmungen herangezogen und eingehend gewürdigt worden sind. So kommt es, daß er weit besser informiert als eine Textausgabe des Gesetzes. Die zurzeit strittigste Frage, die der Versicherungsverpflichtung, wird 3. B. auf nicht weniger als 12 Seiten behandelt.

Kleines Lehrbuch der verbesserten Weltsprache Esperanto. Von Dr. W. Stejneger. Gegen Einsendung von 15 Pf. zu beziehen vom Verlag Esperanto, Leipzig, Kregelstr. 2.

Ein überaus vortreffliches Werkchen, das trotz seines geringen Umfanges ein genaues Bild der Weltsprache gibt und schon in über 6000 Exemplaren verbreitet ist.

Vollständiges Lehrbuch der verbesserten Weltsprache Esperanto. Von O. Wagnier. Mit zahlreichen Uebersetzungsübungen. Gegen Einsendung von 55 Pf. zu beziehen vom Verlag Esperanto, Leipzig, Kregelstr. 2.

Bei den großen Fortschritten der Weltsprachsbewegung möchten wir nicht verfehlen, unseren Lesern die Anschaffung dieses vorzüglichen Werkchens zu empfehlen, denn der Verfasser gibt jedem ohne nennenswerte Schwierigkeit Gelegenheit, sich die Weltsprache in kurzer Zeit durch Selbstunterricht sicher und gründlich anzueignen. Die sämtlichen Regeln des verbesserten Esperanto sind in 36 Abschnitten leicht faßlich erklärt und 40 Uebersetzungsübungen geben Gelegenheit, die gelernten Regeln praktisch anzuwenden.

ANZEIGEN

Arbeitslosen-Zuschußkasse für Buchbinder u. verw. Berufe, Berlin. Am 18. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser treues Mitglied Bruno Steier, im 31. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken. Der Vorstand.

Am 21. Februar verschied plötzlich unsere Kollegin Justine Chmelarsch. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. Zahlstelle Cottbus.

Neuheit! Beste Münchener Marke Pfeiling. Velour-Schreibkreide H O. Runde Form — spitzen sich von selbst — liefert in allen Farben, garantiert sand- u. giftfrei. Dr. Herm. Ostermaler, Chem. Fabriken, München 23. Agenten i. all. Städten d. In- u. Auslandes gesucht.

Am 18. Februar starb nach langem Leiden unser treuer Kollege der Buchbinder Bruno Steier aus Leipzig. Durch seinen ruhigen, kollegialen Charakter wird er bei uns in steter Erinnerung bleiben. Die Kolleginnen und Kollegen der Fa. G. Fuhr, Berlin.

Den Kollegen die traurige Mitteilung, daß am 19. Februar meine liebe Frau Martha Lemme, geb. Schulz, im 28. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Melbors i. Holsi. Theodor Lemme.

Hamburg. Papierhandlung, pass. als Nebenbeschäftigt, für 500 Mk. zu vert. Billige Miete gr. Bohn. Off. u. Postlagerart 33, Hamburg 15. Etuisarbeiter, möglichst auf Etuis für Toiletten-Artikel eingerichtet, sowie 1 tücht. Zuschneider sofort gesucht. Offerten unter N. 84 an die Expedition dieses Blattes. Kehrgold, Goldwatte sowie alle Gold- u. Silberabfälle werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und angelauft. Auch kann Feingold, gewalzt, von mir à Gramm für 2,81 Mk. bezogen werden. Gold- und Silberseidenanstalt H. Haupt, Dresden, Gneisenaustr. 6.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt O. Th. Winckler, Leipzig

Unserm werten Kollegen W. Schröpfer und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Betz.